



ALLES NUR THEATER?

Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts.

Alter

IMPRESSUM

HERAUSGEBER_INNEN

Verein für Demokratische Kultur in
Berlin (VDK) e.V. und
Mobile Beratung gegen
Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Telefon: 030 817 985 810
info@mbr-berlin.de
www.mbr-berlin.de

V.i.S.d.P. Bianca Klose

Redaktion und
Autor_innen Bianca Klose
Simon Brost
Hamid Mohseni

Lektorat Frank Engster
Layout Julian Krischker

2. Überarbeitete Auflage, 2019

URHEBERRECHTLICHE HINWEISE

© Copyright 2018 Mobile Beratung
gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).
Alle Rechte vorbehalten.

Die Veröffentlichung stellt keine Mei-
nungsäußerung des BMFSFJ bzw. des
BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen
tragen die Autor_innen die Verant-
wortung.

Diese Publikation wird für nicht-kom-
merzielle Zwecke kostenlos zur Verfü-
gung gestellt. Die Herausgeber_innen
behalten sich das Urheberrecht vor.
Eine Weitergabe oder Vervielfältigung,
auch in Teilen, ist nur nach ausdrück-
licher schriftlicher Zustimmung der
Herausgeber_innen gestattet. Darüber
hinaus muss die Quelle korrekt ange-
geben und ein Belegexemplar zuge-
schickt werden.

HAFTUNGSAUSSCHLUSS

Die Hinweise in dieser Broschüre wur-
den nach bestem Wissen und Gewissen
formuliert. Diese Handreichung ersetzt
keine individuelle (juristische) Beratung.
Für die Richtigkeit, Vollständigkeit und
Aktualität der Informationen übernimmt
die Herausgeberin keine Gewähr.

GENDER_GAP

Die MBR benutzt den Gender_Gap, um
alle Geschlechter und Geschlechtsiden-
titäten darzustellen. Der Unterstrich
stellt den Zwischenraum für alle Men-
schen dar, die sich in der Zwei-Geschlech-
terordnung nicht wiederfinden.

Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in
Berlin e.V.« (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landespro-
gramms »Demokratie.Vielfalt.Respekt. — Gegen Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus« der Senatsverwaltung für Justiz,
Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie durch das
Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums
für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

INHALT

DER KULTURKAMPF VON RECHTS IST IM VOLLEN GANGE

Seite 2

MOTIVE UND TECHNIKEN IM KULTURKAMPF VON RECHTS

Seite 5

STRATEGIEN DES KULTURKAMPFES VON RECHTS

Seite 11

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN DEMOKRATISCHEN KULTURBETRIEB

Seite 15

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Seite 25

AUSBLICK

Seite 34

EINLEITUNG

DER KULTURKAMPF VON RECHTS IST IN VOLLEM GANGE

Rechtsextreme Besetzer_innen eines Theaters fordern mehr »Heimatliebe«, Bundes- und Landtagsabgeordnete drohen mit »Entsiffung« des Kulturbetriebes und plädieren dafür, eine »deutsche Leitkultur« im Grundgesetz festzuschreiben — der Kulturkampf von rechts findet nicht erst irgendwann in ferner Zukunft statt, sondern jetzt, und das nicht nur in Deutschland. Sein Ziel ist nicht allein, Feindbilder zu schaffen und Ressentiments zu bedienen — er richtet sich letztlich gegen die Aufklärung, die Menschenrechte und die universelle Idee der Gleichheit aller Menschen.

Dieser Kulturkampf ist Teil des aktuellen politischen Umbruchs, denn spätestens seit der Bundestagswahl Ende 2017 und den hohen Wahlergebnissen der »Alternative für Deutschland« (AfD) ist klar: Erstmals seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland hat sich rechts des konservativen Spektrums eine politische Kraft dauerhaft und überregional verankert. Etabliert hat sich aber auch ein bestimmtes Milieu, das mitunter als »Dunkle Zivilgesellschaft« oder »Anti-Zivilgesellschaft« bezeichnet wird. Es handelt sich um nichts weniger als einen politischen Paradigmenwechsel: nationalistisch-völkische Erklärungs- und Einstellungsmuster sind parlamentarisch vertreten und in der Gesellschaft verbreitet, sie sind politisch wirksam und werden zunehmend akzeptiert.

Der Kulturkampf begleitet und unterstützt diesen Umbruch. Er verfolgt eine Kommunikationsstrategie, die neben dem altgedienten Feindbild der »Anderen« — für das aktuell vor allem Geflüchtete,

(muslimische) Migrant_innen, nicht-weiße Deutsche, Feminist_innen und LGBTQI* erhalten müssen — noch ein weiteres Feindbild konstruiert. Es ist das »linksgrün versiffte Gutmenschentum«: demokratische Parteien, Institutionen, Wissenschaft, Kirchen und nicht zuletzt die Kunst- und Kulturschaffenden in Deutschland, die angeblich alle den Willen des Volkes durch »Multikulturalismus« und Interessen elitärer Minderheiten verraten. Vor allem die Kunst- und Kulturszene steht idealtypisch für all das, wogegen sich rechtsextreme und rechtspopulistische Propaganda richtet: Sie steht für den kosmopolitischen Lebensstil der Metropolen, ist experimentierfreudig und aufgeschlossen und betont ihre Offenheit und Toleranz — all das gilt als Lebensstil eines »elitär-abgehobenen Liberalismus«, den es, so Marc Jongen, kulturpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, zu »entsiffen« und zu »entideologisieren« gelte.¹

Das übergreifende Narrativ im Kulturkampf ist »Islam gegen Abendland«. Es beschränkt sich nicht auf die aktuelle Migrations- und Asylpolitik, sondern ordnet, von historischen Fakten unbeirrt, gleich die gesamte Geschichte des »christlichen Abendlandes« entlang eines Kulturkampfes um fundamentale, unvereinbare Werte sowie um Welt- und Menschenbilder. Dabei werden Errungenschaften, die gerade aus einer komplexen Gemengelage heraus durch Wandel, Austausch und Kontakt entstanden sind und

¹ Marc Jongen (AfD) nutzt den Begriff »entsiffen« regelmäßig, zum Beispiel in seinem Tweet anlässlich seiner Benennung zum kulturpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion seiner Partei am 23.01.2018.

die mitunter ausgerechnet von den verachteten Gruppen und Kräften erkämpft wurden — wie Demokratie, Meinungsfreiheit oder die Gleichberechtigung von Mann und Frau — als gleichsam volkstümliche und wesenseigene Eigenschaften der europäischen oder gar deutschen Kultur und ihrer Werte ausgegeben. Und entsprechend wird eine ebenso wesenseigene Rückständigkeit anderer Kulturen behauptet.

Der Widerspruch in diesem Kulturkampf von rechts: dass diese sozialen und politischen Errungenschaften, genau wie die Kultur, keine quasi natürlichen Eigenschaften eines Volkes, einer Nation oder einer Region sind, sondern aus der sozialen Auseinandersetzung und erst im Widerstreit entstehen — dieser Widerspruch zeigt sich schon darin, dass in Wirklichkeit beides bekämpft wird, nämlich sowohl der Islam und die Migration als Bedrohung von außen als auch der Universalismus des Liberalismus und der Demokratie, die vermeintlich im Inneren zersetzend, entfremdend und entwurzelnd wirken.²

Da auf diese Weise Kultur im Grunde naturalisiert wird, geht es der rechten Kulturpolitik folgerichtig auch gar nicht wirklich um Kultur, sondern um eine »Strategie der Politisierung, Re-Nationalisierung und Instrumentalisierung«³ von Kunst-, Kultur- und Geschichtspolitik. Das angeblich »Eigene« soll »Identität«, »Heimat« oder eine »deutsche Leitkultur«

sein, wie das etwa die AfD-Fraktion Thüringens in einem Positionspapier fordert,⁴ und so unbestimmt Kultur dadurch wird, so sehr wird sie mythisch überhöht, um auf Erhalt und Verteidigung zu drängen und Identität zu stiften: »Die Bühnen des Landes Sachsen-Anhalt sollen neben den großen klassischen internationalen Werken stets auch klassische deutsche Stücke spielen und sie so inszenieren, dass sie zur Identifikation mit unserem Land anregen.«, forderte die AfD-Fraktion Sachsen-Anhalts schon 2016.⁵ Dieselbe Politik der Gleichschaltung ist für die Geschichts- und Gedenkpolitik vorgesehen. Das bedeutet zum einen Relativierung des Nationalsozialismus und Ablehnung der (selbst-)kritischen Aufarbeitung, zum anderen eine Identitätserzählung »der Deutschen«, als ob die Gesellschaft eine homogene, quasi organische Einheit besäße und das deutsche Volk eine überhistorische oder der Geschichte gleichsam vorgängige Identität.

Im Zuge dieses Kulturkampfes häufen sich Beratungsanfragen von Kunst- und Kulturschaffenden an die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR). Die Anfragen belegen einerseits, dass Angriffe, Vereinnahmungen und Umdeutungen im Bereich der Kulturpolitik akut sind, andererseits wird den Betroffenen offenbar schlagartig bewusst, wie wichtig, aber auch wie verletzlich ge glaubte Standards und Selbstverständlichkeiten sind. Das geradezu Existenzielle dieser Situation sollte aber auch Anlass einer Selbstvergewisserung sein: Um Anfeindungen von rechts begegnen zu können, bedarf es nicht nur

2 »[Den Liberalismus] sich von ›den Knochen zu waschen‹, wie [Armin] Mohler es nannte, bedeutet erheblich mehr Aufwand als die populistische Parole von der ›Minuseinwanderung‹. Im Vergleich wird deutlich, dass der Figur des westlichen Universalismus (mit seinen Erscheinungsbildern Liberalismus und früherer Marxismus) die Rolle des ›absoluten Feindes‹ zukommt. Seine Kräfte haben sogar schon die eigenen durchgesetzt. Ihn gilt es als Prinzip zu bekämpfen, nicht nur als Erscheinung.« Weiß, Volker: Die autoritäre Revolte. Stuttgart: Klett-Cotta 2017, S. 218.

3 Lück, Manuela: Kulturkampf von rechts. Die kulturpolitischen Vorstellungen der AfD. <https://www.kulturrat.de/themen/wahlen-2017/kulturkampf-von-rechts/> (27.08.2017).

4 AfD-Fraktion im Thüringer Landtag: Leitkultur, Identität, Patriotismus. Ein Positionspapier der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag als Beitrag zur Debatte um die deutsche Leitkultur. (April 2018).

5 Alternative für Deutschland Sachsen-Anhalt: Wahlprogramm zur Landtagswahl am 13. März 2016 – »Wir für unsere Heimat«. (März 2016)



FEAR von Falk Richter
Foto © Arno Declair

Kommunikations- und Handlungsmöglichkeiten, sondern auch einer Positionsbestimmung von Kunst und Kultur.

Ziel dieser Publikation ist, Kulturschaffenden Orientierung in diesem Kulturkampf von rechts zu geben, um eigene Kommunikations- und Handlungsoptionen zu erarbeiten und bestenfalls selbst in die Offensive zu gelangen. Die Handlungsempfehlungen orientieren sich besonders an den staatlich geförderten Akteur_innen, da sie durch ihre Fördermittelsituation besonders angreifbar sind, zugleich weniger Spielraum in der Auseinandersetzung haben und daher stringente Umgangsformen und präzise Verabredungen benötigen.

Im Folgenden werden zunächst das Kulturverständnis im rechten Kulturkampf und seine Narrative und Techniken vorgestellt sowie seine Angriffe auf den Kunst- und Kulturbetrieb. Aus dieser Lagebeschreibung ergeben sich die Herausforderungen für die betroffenen Akteur_innen; für sie werden im darauffolgenden Teil Kommunikations- und Handlungsmöglichkeiten vorgestellt.

Die vorliegende ist nur die erste von zwei Handreichungen. Zum Schluss wird daher ein Ausblick auf die zweite Handreichung gegeben, die einen eigenständigen Bereich des Kulturkampfes von rechts vorstellt, nämlich die Erinnerungs- und Gedenkpolitik.

MOTIVE UND TECHNIKEN IM KULTURKAMPF VON RECHTS

Kultur ist auch ein Schauplatz der politischen Auseinandersetzung. Das ist nicht neu und vielleicht ein originärer Wesenszug der Kultur. Dieses »Kampffeld« befindet sich nicht nur an den »Rändern« der Gesellschaft, isoliert und unabhängig von der bürgerlichen Mitte. Kultur wird insbesondere dann zu einem Austragungsort politischer Konfrontationen, wenn es um mehr geht, als nur um unterschiedliche politische Positionen; wenn es nämlich darüber hinaus auch darum geht, Themen zu setzen, sie in sachfremde Kontexte zu stellen und sprachlich neu zu rahmen, oft einhergehend mit Techniken der Umdeutung, der Umkehrung oder der Aneignung von Begriffen wie Freiheit, Demokratie und Toleranz. Dabei wird geschickt an Stimmungen oder Ressentiments appelliert. Diese Techniken stehen ganz unterschiedlichen politischen Akteur_innen zur Verfügung.

Wenn es eine Verbindung zwischen der Mitte der Gesellschaft und dem Kulturkampf von rechts gibt, so ist es die Art und Weise, in der Stichworte und Debatten, die aus der Mitte Gesellschaft kommen, von Akteuren der »Neuen Rechten« aufgegriffen und in ihrem Sinne genutzt werden können. Besonders geeignet für solche Übernahmen und Aneignungen sind z.B. bestimmte Fragen: Warum darf ein bestimmtes Wort nicht benutzt werden? Ist die Frage der Schuld am Zweiten Weltkrieg wirklich so leicht zu beantworten? Warum werden bestimmte Meinungen ausgegrenzt, wenn wir doch in einer Demokratie mit Meinungsfreiheit leben? Mitunter inszenieren sich solche Fragen in ihrer Rhetorik ketzerisch und im Gestus des Tabubrechens, oft kommen sie aber harmlos und sogar differenziert und kritisch daher. Sie werden zudem nicht nur im Feld der Politik gestellt,

sondern auch im weiten und dem Selbstverständnis nach offenen Feld der Kultur, also im Feuilleton, im Radio, in Museen oder auf Theaterbühnen.

In zugespitzten Situationen, wie etwa im Zuge der »Flüchtlingskrise«, können zudem bestimmte Positionen schnell in Ressentiments umschlagen und breite Zustimmung erlangen. Der »Trick« der Wortführer_innen ist dann oft, die eigene Position als Teil der Meinungsfreiheit zu legitimieren, aber zugleich die Kritik an der damit verbundenen Wiedergabe diskriminierender Diskurse und Wertungen als die Meinungsfreiheit einschränkende »Meinungspolizei« oder »politisch korrekte« Sprachregelung zu diskreditieren.

KULTUR ALS FELD DER HEGEMONIEKÄMPFE DER »NEUEN RECHTEN«

Die Agenda der so genannten »Neuen Rechten« im Kulturkampf ist relativ klar und offen. Es sind vor allem zwei Ziele, die nach Ansicht ihrer führenden Vertreter_innen zu verfolgen sind: Erstens sollen die Folgen von 1968 rückgängig gemacht werden. Das richtet sich gegen den Auf- und Umbruch von 1968 und den tiefgreifenden kulturellen und sozialen Wandel, den er bewirkt hat, von der sexuellen Befreiung und der antiautoritären Erziehung bis zur Ausdifferenzierung der Lebensstile. Die US-amerikanische Alt-Right⁶

⁶ Alternative Right oder Alt-Right ist ein Sammelbegriff für rechtskonservative bis rechtsextreme Akteure, die für eine ethnisch homogene weiße Bevölkerung auf dem Gebiet der USA kämpfen. Programmatisch eint sie offener Rassismus (mit besonderem Fokus auf Muslime) und die Zurückweisung einer »Ideologie der politischen Korrektheit«. Die Alt-Right gilt in vielen Fragen als Inspiration für rechtspopulistische und rechtsextreme Akteure in Europa und Deutschland.

bezeichnet diese Folgen von 1968 als »Kulturmarxismus«. ⁷ Zweitens soll die »friedliche Revolution von 1989« vollendet werden, denn sie habe zwar den Niedergang des Realsozialismus besiegelt und die nationale Vereinigung gebracht, aber das sei nur eine halbe Revolution gewesen, weil im Feld der Kultur eine nationale Revolution ausgeblieben sei und hier noch immer die Folgen von 1968 herrschen würden.

Beide Ziele des Kulturkampfes von rechts dienen der Erringung »kultureller Hegemonie«. Das Konzept geht auf den italienischen Marxisten Antonio Gramsci zurück, der seine zentralen Gedanken dazu in den 1920er- und 1930er-Jahren im Gefängnis der italienischen Faschisten niederschrieb. Gramsci fragte sich, wie es den revolutionären Kräften ausgerechnet im ökonomisch rückständigen Russland gelungen war, so viel Popularität und Zustimmung zu erhalten, dass diese Kräfte die Macht übernehmen konnten, während die Revolution in den fortgeschrittenen Industrieländern im Westen Europas scheiterte. Grund des Erfolges war Gramsci zufolge, dass sozialistische Gesellschaftskritik in Russland eine kulturelle Hegemonie erringen konnte. Für diese kulturelle Hegemonie muss nach Gramsci eine politische, intellektuelle und moralische Führung durch die Etablierung eines kollektiven Willens sorgen. ⁸ Es geht demnach nicht einfach um die Erlangung der nackten Staatsmacht, sondern um Hegemonie im »Staatsapparat im engen Sinne/Politikgesellschaft«, aber auch im »ideologischen Staatsapparat/Zivilgesell-

schaft«. ⁹ Alte, vor allem aber neue rechtsextreme und rechtspopulistische Formationen in Deutschland und in Europa zielen ebenfalls auf eine solche kulturelle Hegemonie. Alain de Benoist, französischer Ideologe der sog. »Nouvelle Droite«, hatte schon 1985 in seinem Buch »Kulturrevolution von rechts« verkündet:

»Alle großen Revolutionen der Geschichte haben nichts anderes getan, als eine Entwicklung in die Tat umzusetzen, die sich zuvor schon unterschwellig in den Geistern vollzogen hatte. Man kann keinen Lenin haben, bevor man einen Marx hatte [...] Eines der Dramen der Rechten [...] ist ihre Unfähigkeit, die Notwendigkeit zu begreifen, daß auf lange Frist geplant werden muß«. ¹⁰

Mario Müller, Mitglied der rechtsextremen »Identitären Bewegung« (IB) ¹¹ und Autor des kulturpolitischen Handbuches für Rechtsextreme »Kontrakultur«, will 32 Jahre später darauf aufbauen und spitzt de Benoists These so zu:

»Während es der französischen Neuen Rechten vor allem um intellektuelle Vorarbeit ging, schafft die Identitäre Bewegung nun auch alltägliche Kultur-, Sozial-

⁷ Vgl. Moyn, Samuel: The Alt-Right's Favourite meme is 100 years old. In: New York Times: <https://www.nytimes.com/2018/11/13/opinion/cultural-marxism-anti-semitism.html> (13.11.2018).

⁸ Vgl. Mouffe, Chantal: Hegemony and Ideology in Gramsci. In: Mouffe, Chantal (Hrsg.): Gramsci and Marxist Theory. London: Routledge & Kegan Paul 1979, S. 168–204.

⁹ Würzberg, Gerd: Kultur und Politik. Der Beitrag Antonio Gramscis zur theoretischen Grundlegung der politisch-kulturellen Transformation Italiens. Frankfurt am Main: Rita G. Fischer Verlag 1978, S. 30.

¹⁰ De Benoist, Alain: Kulturrevolution von rechts. Gramsci und die Nouvelle Droite. Krefeld: SINUS-Verlag 1985, S. 20.

¹¹ Die »Identitäre Bewegung« (IB) ist eine relativ neue Gruppierung, die sich, obwohl eindeutig rechtsextrem, durch neue oder umgedeutete, jedenfalls nicht einschlägig erkennbare Symbolik und Rhetorik als harmlose und hippe »Patrioten« von nebenan inszeniert. Im Bereich Kunst und Kultur hat die IB unter der Selbstbeschreibung »ästhetische Intervention« verschiedene Theateraufführungen gestört, in Form von Transparenten, Parolen, Flugblättern u.Ä. mehr »Heimatliebe« gefordert und das ganze medial aufgearbeitet und verbreitet. Ihre verschwörungsideologische Erzählung des »großen Austausches« behauptet, die weiße deutsche Mehrheitsgesellschaft würde, um sie einfacher regieren zu können, durch »Masseneinwanderung« gezielt geschwächt.

und Freizeitangebote von rechts. Ihre Aufgaben sind theoretisch wie praktisch, sie reichen von der Gegeninformation bis zur Besetzung öffentlicher Räume. Der Anspruch: Unsere Ideen müssen zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit werden. Wir holen uns alles zurück!«¹²

Die Strategie, unterschiedliche Alltagsangebote zu organisieren, ist heute erfolgreicher als noch in den 1980er-Jahren. Sie ist besonders erfolgreich im Setzen von Themen und Begriffen, einige Themen sind nahezu omnipräsent. Das Thema »Flüchtlinge und Migration« beispielsweise ist seit 2015 in diversen Medien stark vertreten. Vor allem vor der Bundestagswahl wurden die Themen Islam, Flucht und Migration ständig zentral platziert, wodurch sich besonders die AfD profilieren konnte. Sind aber Thema und Begriffe erst einmal gesetzt, kann ein passendes Narrativ entwickelt, beständig aktualisiert und fortgeschrieben werden: Nachdem die europäischen Außengrenzen abgeschottet seien und der »Kontrollverlust« an der Grenze abgewandt wurde, finde er nun im Inneren statt, denn mit den Migrant_innen habe man sich Ressourcenverbrauch, Kriminalität, Vergewaltigung und Antisemitismus ins Land geholt. Weder der Kampf um kulturelle Hegemonie noch seine Techniken sollten jedoch missverstanden werden. Sie sind weder neu, noch können sie den Gestus radikaler Opposition gegen das Establishment und die Revolutionsrhetorik einlösen. Es handelt sich beim Kulturkampf eher um eine »konformistische Revolte«. Er bricht gerade nicht radikal mit bestimmten Vorstellungen und Vorurteilen und ihrer Tradition oder sucht nach neuen sozialen oder kulturellen Formen. Es werden im Gegenteil Ansichten und Ressentiments aus der so genannten

Mitte der Gesellschaft radikalisiert und bedient. Verschiedene Studien belegen, dass in Deutschland seit Jahrzehnten mindestens 15–20% der Bevölkerung diskriminierende und autoritäre bis rechtsextreme Positionen befürworten.¹³

Überhaupt geht es dem Kulturkampf von rechts weder um eine neue Kultur noch um die Kritik der bestehenden, sondern um eine Nationalisierung des Kulturellen und eine Mobilisierung, Enthemmung und zugleich Bedienung bestimmter Ressentiments — und hier tritt dieser Kulturkampf von rechts mittlerweile professionell auf, auch dank der Nutzung neuer Medien.

NATIONALISIERUNG DER KULTUR

Rechtsextreme und rechtspopulistische Akteur_innen grenzen sich vom Begriff einer pluralistischen, immer schon »heimatlosen« und universellen sowie dialogischen und im Prozess befindlichen Kultur allseitig ab. Die Idee, dass Kultur nur im Plural existiert und zuallererst in der sozialen Auseinandersetzung, aber auch durch Widersprüche entsteht, wird abgelehnt, um eine geschlossene, nationale oder regionale und vermeintlich organische, aus Tradition gewachsene und an sich konfliktfreie Kultur zu propagieren. Minderheiten haben sich ihr unterzuordnen und anzupassen, aber letztlich stünden unterschiedliche Kulturen immer im Konflikt, weil Kultur durch das Nationale und das Ethnische gleichsam determiniert sei — während im liberalen Verständnis Kultur im eigentlichen Sinne durch das Offene, den Austausch und auch den Konflikt überhaupt erst entstehen kann.

Da im rechten Verständnis Austausch, Begegnung, aber auch Streit nicht Bedingung

¹² Müller, Mario Alexander: Kontrakultur. Schnellroda: Verlag Antaios 2017, S. 162.

¹³ Vgl. Decker, Oliver / Brähler, Elmar: Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Gießen: Psychosozial-Verlag 2018.

für Kultur sind, sondern diese bedrohen und zersetzen, werden Migrations- und Fluchtbewegungen folgerichtig zum unberechtigten Eindringen nicht-authentischer Kulturen erklärt. Kultur ist nicht per se migrantisch, frei und unverfügbar, sondern wird naturalisiert als eine Art Wesen und unverlierbare Eigenheit eines Volkes oder einer Nation. Der ehemalige SPD-Finanzsenator in Berlin, Thilo Sarrazin, schrieb:

»Demografisch stellt die enorme Fruchtbarkeit der muslimischen Migranten eine Bedrohung für das kulturelle und zivilisatorische Gleichgewicht im alternierenden Europa dar.«¹⁴

Sarrazin bedient das in rechten Kreisen populäre Motiv der verschwindenden »Einheimischen«, mit deren Aussterben auch die Kultur niedergehen und sterben müsse. Diese Nationalisierung des Kulturellen führt letztlich dazu, den Schutz der Kultur zu einer existenziellen und sogar biologischen Überlebensfrage auszurufen, und entsprechend drastisch wird vonseiten des rechten Kulturkampfes dann auch der Kampf um »die« Kultur geführt.

ETHNISIERUNG DER KULTUR IM ETHNOPLURALISMUS

Neue rechtspopulistische und rechtsextreme Akteur_innen wie die »Identitäre Bewegung« grenzen sich aus taktischen Gründen offiziell vom Nationalsozialismus ab und betonen stattdessen die Ideologie des »Ethnopluralismus«. Anders als der Begriff suggeriert (»Pluralismus«), geht diese Theorie von kulturell homogenen Abstammungsgemeinschaften mit

¹⁴ Sarrazin, Thilo: Deutschland schafft sich ab. Wie wir unser Land aufs Spiel setzen. München: Deutsche Verlags-Anstalt 2010, S. 267.

bestimmten territorialen oder auch global-geopolitischen Zugehörigkeiten aus, die sich jeweils vor einer Durchmischung schützen müssen — oder sie verlieren ihre Identität und verfallen. Ein Wahlkampfplakat der »Nationaldemokratischen Partei Deutschlands« (NPD) aus dem Jahre 2016 bringt das auf die Formel: »Deutschland den Deutschen, Türkei den Türken«. Ideologisch knüpft der Ethnopluralismus an die rassistischen Vorstellungen des Nationalsozialismus an, ohne jedoch den Begriff »Rasse« direkt zu verwenden. Statt von Rasse wird von Ethnie gesprochen. Stuart Hall¹⁵ und Etienne Balibar¹⁶ nannten dieses Phänomen bereits Anfang der 1990er-Jahre »Rassismus ohne Rassen«; es handelt sich demnach um eine kulturalistische »Modernisierung« des Rassismus.

Der Ethnopluralismus nimmt häufig Bezug auf Europa. Während jedoch im liberalen und demokratischen Kulturverständnis die europäische (Ver-)Einigung eine Konsequenz gerade aus den verheerenden Folgen des Nationalismus ist und zudem zu gelebter Diversität und politisch-kultureller Bereicherung führen soll, vertreten Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen die Idee eines »Europa der Nationen«. Einerseits soll der europäische Integrationsprozess rückgängig gemacht werden, andererseits soll ein homogenes weißes und christliches Europa vor dem Eindringen »islamischer Barbarei« bewahrt werden, aber auch vor dem zersetzenden Einfluss einer globalisierten, neoliberalen »Nicht-Kultur« wie in den USA.

Diese Kulturalisierung Europas (oder auch des »Westens«, wenn der US-amerikanische Raum einbezogen wird) bietet für

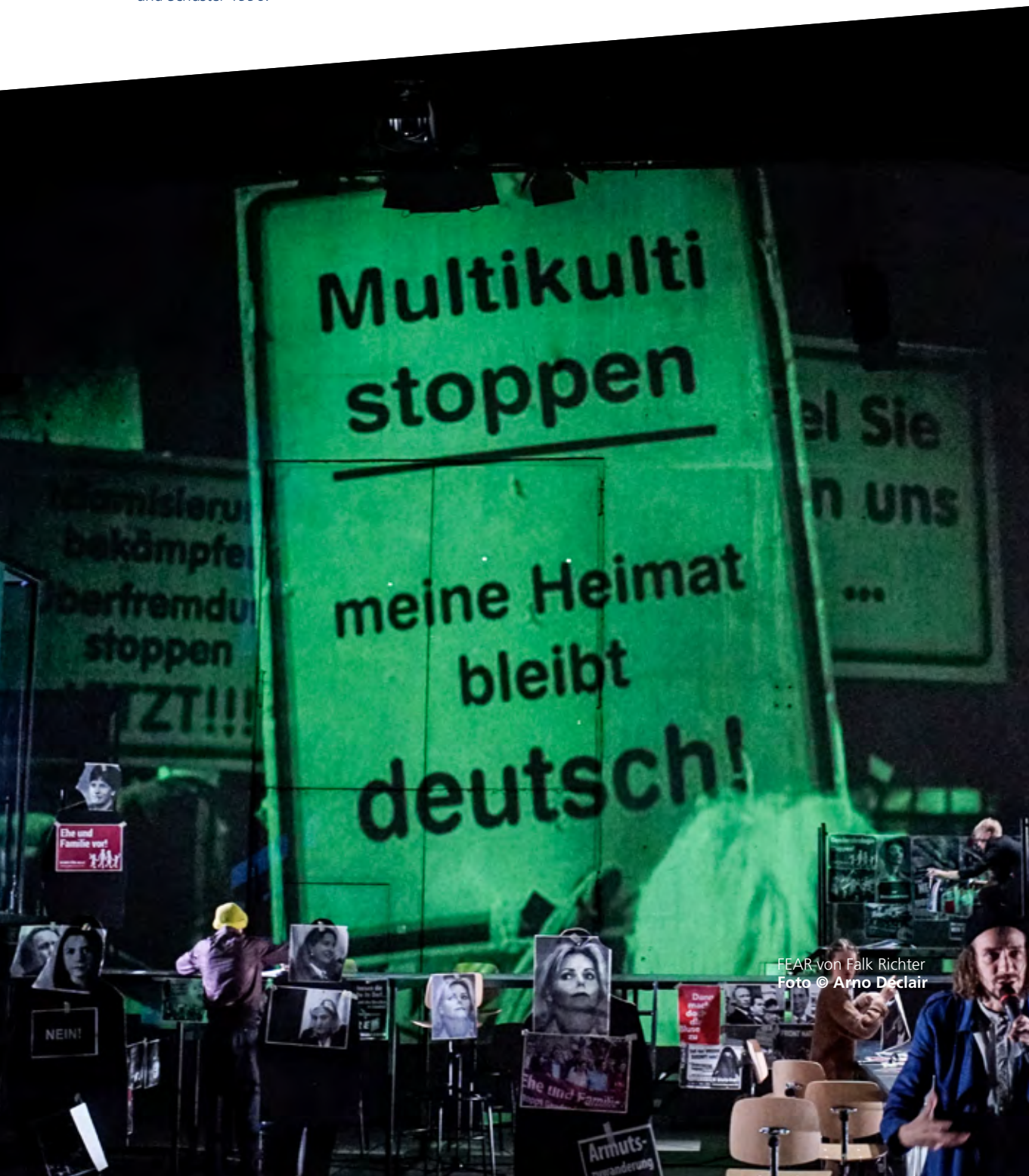
¹⁵ Hall, Stuart: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: Das Argument, Nr. 178. Hamburg: Argument Verlag 1989, S. 913–922.

¹⁶ Balibar, Etienne / Wallerstein, Immanuel: Rasse Klasse Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg: Argument Verlag 2014 (3. Aufl.).

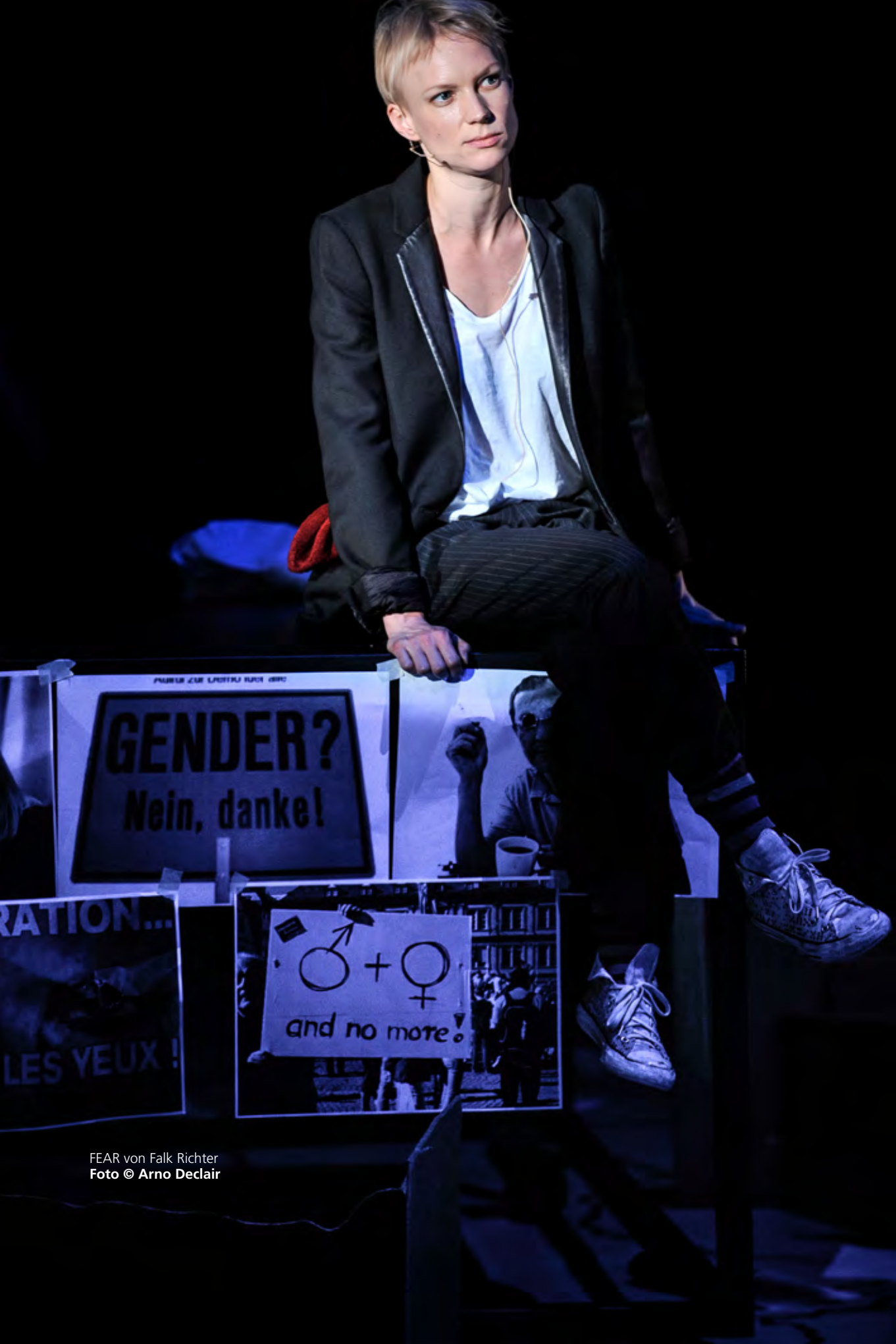
Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen Anschläge bis ins liberal-demokratische Milieu. Aufgegriffen wird etwa das 1996 veröffentlichte Buch »Clash of Civilizations« von Samuel P. Huntington,¹⁷ Politikwissenschaftler und ehemaliger Berater

des US-Außenministeriums. Huntington vertritt darin die These, dass in der globalen Ordnung nach dem Kalten Krieg religiöse und kulturelle Konflikte um Identität und Lebensweise für die Menschen prägend sein werden.

¹⁷ Huntington, Samuel Phillips: The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order. New York: Simon and Schuster 1996.



FEAR von Falk Richter
Foto © Arno Déclair



FEAR von Falk Richter
Foto © Arno Declair

STRATEGIEN DES KULTURKAMPFES VON RECHTS

Die Strategie des Kulturkampfes von rechts zielt also auf eine »kulturelle Hegemonie« oder gar auf eine »Kulturrevolution von rechts«. Doch wie soll das gelingen? Derzeit wird diese Strategie auf vor allem drei Weisen vorangetrieben.

»ENTIDEOLOGISIERUNG« DER KULTURPOLITIK: UMDEUTUNG UND VEREINNAHMUNG

Häufiges Motiv im Kulturkampf von rechts ist die »Entideologisierung« oder »Entsiffung« des Kunst- und Kulturbetriebs. Einerseits werden Institutionen und Akteur_innen des Kulturbetriebs als arrogante, ignorante und selbstverliebte linksliberale Erben der 68er-Bewegung denunziert, die keine andere Gesinnung als ihre eigene dulden, andererseits präsentiert diese Denunziation sich selbst als mutige Opposition gegen die »Gesinnungsdiktatur« und Gleichschaltung. Jongen ist ein Beispiel für diese Selbstinszenierung, wenn er sagt:

»Zum bedrohten geistigen Bestand unseres geschundenen Kontinents zählt nicht zuletzt die bürgerliche Liberalität selbst. In ihrem Namen versuchen dreiste Ideologen in der Presse und in den Ministerien, das freie Denken und das freie Leben politisch korrekt auf Linie zu bringen. Wo ›Gleichstellung‹ steht, ist ›Gleichschaltung‹ nicht weit — die Gleichberechtigung hat das Nachsehen. [...] Genuin liberal zu sein, heißt heute, konservativ zu sein. Zuweilen sogar reaktionär.«¹⁸

¹⁸ Jongen, Marc: Das Märchen vom Gespenst der AfD. (22.01.2014).

Die »Liberalität« erscheint bei der Position Jongens als Gleichschaltung und ausgerechnet die identitär-ethnische Position als Freiheitskampf. Diese Umkehr betrieb bereits die so genannte Konservative Revolution. Diese am Anfang des 20. Jahrhunderts entstandene Denkströmung bekämpfte den Universalismus¹⁹ sowohl im Liberalismus als auch im Sozialismus und war zumindest teilweise ideologischer Wegbereiter des europäischen Faschismus und Nationalsozialismus.

Die rechte Umdeutung und Umkehr des Freiheitskampfes geht mit der Konstruktion bestimmter Feindbilder einher. Der Begriff »Political Correctness« (PC) beispielsweise entstand in den 1960er-Jahren im Zuge der US-Bürgerrechtsbewegung, als Aktivist_innen der afroamerikanischen Bewegung und der Frauenbewegung auch »auf der semantischen Ebene [d.h. auf der Ebene sprachlicher Bedeutung] eine Gleichberechtigung erstreiten« wollten, »um damit Diskriminierungen abzubauen und Gleichberechtigung auch in anderen Lebensbereichen zu erreichen«.²⁰ Die rechtsextreme und rechtspopulistische Umdeutung kehrt den emanzipatorischen Anspruch der PC um in ein »Denkverbot« und »Sprachtabu« gegenüber abweichenden Meinungen, und entsprechend wollen sie sich nun von

¹⁹ »Wir haben kein Interesse daran, Menschheit zu werden, wir wollen Deutsche bleiben«. AfD-Bundesvorstand Alexander Gauland wiederholt mit dieser Aussage bei Monitor den Kerngedanken der Konservativen Revolution, vgl. Monitor-Magazin (zitiert ab Minute 07:00): <https://www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/monitor/videoextern/babylon-berlin-die-lehren-von-weimar-100.html> (25.10.2018).

²⁰ Speit, Andreas: Bürgerliche Scharfmacher. Deutschlands neue rechte Mitte – von AfD bis Pegida. Zürich: Orell Füssli 2016, S. 127.

diesem »Maulkorb für Andersdenkende« befreien.²¹ Widerspruch zu den eigenen Positionen wird insofern ins Gegenteil verkehrt, als sie ihre Kritiker_innen der Zensur bezichtigen und damit in eine Rechtfertigungsposition zwingen. Der Kerngedanke von PC, Egalität und Gerechtigkeit, wird als totalitär dargestellt, während ausgerechnet diejenigen, die mit dem Gestus des Tabubruchs bewusst politisch inkorrekt²² ganze Bevölkerungsgruppen pauschal diffamieren, sich selbst als Opfer dieser angeblich totalitären Praxis inszenieren.

Die Technik der Umdeutung und Verkehrung kann jedoch auch der Enteignung und Vereinnahmung dienen. Mario Müller etwa versucht, das antiautoritäre und antifaschistische Musikgenre Punk als »Rebellion gegen die Political Correctness, die Denkverbote und die Langeweile der in die Jahre gekommene linksgrünen Latte-Macchiato-Bourgeoisie«²³ umzudeuten — so wie der italienische Faschismus-Ideologie Julius Evola »zuvor die Beats und Hippies betrachtet hatte — eine gegenkulturelle Strömung voller Wut auf Spießler, die Konsumgesellschaft und den Mainstream«.²⁴

21 Eine Form von »Political Correctness«, die im Kulturkampf von rechts häufig hervorgehoben wird, ist das so genannte Gender-Mainstreaming, das binäre Rollenzuschreibungen zugunsten von Gleichberechtigung und Gleichbehandlung überwinden will. Die von Rechtspopulist_innen und Rechtsextremen umgedeutete Bedeutung von »Gendern« suggeriert dagegen, Männlichkeit würde durch Gender-Mainstreaming unterdrückt, Heterosexualität verächtlich gemacht und Kinder würden frühsexualisiert.

22 Ein bei Rechtspopulist_innen und Rechtsextremen beliebter islam- und flüchtlingsfeindlicher Blog führt den Kampf gegen die Political Correctness im Namen: Politically Incorrect.

23 Müller: Kontrakultur, S. 226.

24 Ebd.

NEUTRALITÄT UND OPFERINSZENIERUNG

Eine wichtige Strategie im Kulturkampf von rechts ist das Einfordern von »Neutralität«. Viele Akteur_innen aus Kunst und Kultur, aus den großen Kirchen und Menschenrechtsorganisationen, aus Demokratieprojekten oder von freien Trägern haben gegen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und Rassismus klar Stellung bezogen. Die Kritisierten inszenieren sich nun ihrerseits als Opfer, und zwar als Opfer des oben beschriebenen »elitären Linksliberalismus« und der »68er« oder gar eines »Linksextremismus«. Ohnehin behandeln Rechtsextremismus und Rechtspopulismus die Akteur_innen der Zivilgesellschaft meist wie eine homogene Gruppe von Verschwörer_innen — allein schon um nicht zuzugestehen, dass der »Volkswille«, auf den sich Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen gern berufen, eben nur auf diese Weise existiert: als heterogener und durchaus zerstrittener Verbund verschiedener Akteur_innen, der aber doch in seiner Ablehnung von Diskriminierung geeint ist.

»Für die AfD sind eigentlich alle linksextrem, die sich in der Zivilgesellschaft für politische Emanzipation und Demokratisierung einsetzen. Viele Institutionen, Verbände und Vereine werden dadurch unter Verdacht gestellt. Die AfD versucht, ihre Kritiker öffentlich zu diskreditieren und mundtot zu machen. Es ist eine Feindbestimmung«.²⁵

Die eingeforderte Neutralität zielt also darauf, die Kritik an den eigenen Positionen zu verhindern und, mehr noch, ausgerechnet diese Kritik an Diskriminierung, Rassismus und Menschenfeindlichkeit

25 David Begrich im Interview mit Cem Bozdogan: »Für die AfD sind alle linksextrem«. In: Freitag: <https://www.freitag.de/autoren/cbozdogan/fuer-die-afd-sind-alle-linksextrem> (04.06.2018).

pauschal als Extremismus und undemokratisch zu diffamieren.

Die Forderung nach Neutralität kann alle betreffen, die sich öffentlich wahrnehmbar (und offensiv) äußern. So wurde auf Initiative einzelner AfD-Landesverbände eine Plattform gegen »zu kritische« Lehrer_innen eingerichtet. Eltern sowie Schüler_innen werden aufgefordert, Lehrer_innen, die sich gegen Rechtsextremismus und Rassismus positionieren, auf der Plattform zu melden.²⁶ Der Arbeitskreis »Kultur und Medien« der AfD-Bundestagsfraktion fordert, dass nicht nur Schulen, sondern auch große Kulturinstitutionen in Deutschland »neutral« bleiben sollen, wobei neutral heißt, sie von unliebsamen Theorien zu reinigen:

»Gerade bei diesen Leuchtturmprojekten [Humboldt-Forum Berlin und Kulturstiftung des Bundes] ist es wichtig, dass sie von Ideologien wie dem Postkolonialismus oder der Gender-Ideologie freigehalten werden.«²⁷

Die Folge dieser Strategie ist eine Flut von parlamentarischen Anfragen, die große Institutionen betreffen, aber z.B. auch kleine Theater. So hat die AfD-Fraktion in Brandenburg mit einer kleinen Anfrage das Piccolo-Theater in Cottbus ins Visier genommen. Zur Aufführung eines Stückes

gegen Faschismus »KRG« erfolgte umgehend eine Anfrage, die indirekt die Förderung des Theaters infrage stellt.²⁸

VERSCHIEBUNG DES DISKURSES

Die verschiedenen Strategien des Kulturkampfes von rechts: Die Umdeutung und die Vereinnahmung bestimmter Begriffe und Konzepte sowie die Forderung nach Neutralität, zielen auf die Erringung kultureller Hegemonie auch dadurch, dass sie die Grenze des Sagbaren sowie den öffentlichen Diskurs insgesamt verschieben. In Deutschland sammeln sich wichtige Akteur_innen dieser Diskursverschiebung in der AfD und ihrem Umfeld, da die Partei durch ihre große öffentliche und mediale Präsenz sowie durch ihre eigenen Mittel die größte Wirkung verspricht. Sie verbindet regelmäßig Migration mit Kriminalität, Gewalt und Sicherheit und betreibt zunehmend professionell die Ethnisierung gesamtgesellschaftlicher Probleme wie Gewalt gegen Frauen oder Antisemitismus. Unter Berufung auf »Meinungsfreiheit« und im Gestus des Aufbegehrens gegen eine angebliche Zensur werden systematisch und immer wieder aufs Neue die Grenzen in Richtung rechtsextremer Begrifflichkeit und Rhetorik verschoben, Themen gesetzt und so Begriffe und Konzepte allmählich normalisiert: »Umvolkung«, »Messer-Migranten«, »Kopftuchmädchen«, »Gender-Wahnsinn«, »Schwulenlobby«.

Geht die Selbstinszenierung, ob als Tabubrecher und mutiger Provokateur oder Opfer, ob als »wahre Volksvertreter« oder

²⁶ Dieser Aufruf zur Denunziation wird mit dem »Beutelsbacher Konsens« begründet, der die Grundsätze politischer Bildung festlegt. Er fordert jedoch an keiner Stelle eine wertneutrale, d.h. anteilslose Lehrperson ein. Im Gegenteil ist im Berliner Schulgesetz im §1 der unmissverständliche Auftrag definiert, Schüler_innen zu befähigen, der Ideologie des Nationalsozialismus entgegenzutreten und sie zurückweisen zu können. Vgl. Schulgesetz für das Land Berlin: <http://gesetze.berlin.de/jportal/?jsessionid=084F6EEBF17FA9257691554D1642AA5.jp14?quelle=jlink&query=SchulG&BE&psml=bsbeprod.psml&max=true&aiz=true#jlr-SchulGBEpP1> (letzte Änderung 26.01.2004).

²⁷ Arbeitskreis »Kultur und Medien« der AfD-Bundestagsfraktion: Aktiv für die Bewahrung unserer kulturellen Identität.

²⁸ Landtag Brandenburg (6. Wahlperiode; Drucksache 6/10004): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 3984 des Abgeordneten Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion). Drucksache 6/9781 (Eingegangen: 22.11.2018 / Ausgegeben: 27.11.2018): Spielplan, Besucher und Zuwendungen - Piccolo Theater gGmbH



FEAR von Falk Richter
Foto © Arno Déclair

»einzige echte Alternative«, für zumindest Teile der Öffentlichkeit zu weit, wird umgehend relativiert. Aber das Thema ist gesetzt, die Aufmerksamkeit ist erzielt, und die Profilierung ist gelungen — und so wird der Diskurs kontinuierlich verschoben. Mitunter werden dafür auch strafrechtliche Konsequenzen bewusst in Kauf genommen, wie der Fall des Autors Akif Pirinçci in seiner Rede bei »PEGIDA« zeigt.²⁹

Diese Technik der permanenten Diskursverschiebung will sich mit dem Hinweis auf Meinungsfreiheit unangreifbar machen. Dem Hinweis, dass es ein Widerspruch ist, wenn Meinungsfreiheit ausgerechnet ihren größten Gegner_innen eingeräumt

wird,³⁰ oder dass eine Bedingung von Meinungsfreiheit ist, andere Menschen und vor allem Minderheiten nicht zu diffamieren, wird als »Political Correctness« beschimpft sowie als »Zensur« verstanden. Dabei werden bewusst Analogien zur DDR oder anderen autoritären Staaten und Diktaturen gezogen, um sich selbst als die eigentlichen Demokrat_innen zu präsentieren.

²⁹ Müller-Neuhof, Jost: Pegida-Redner — Akif Pirinçci wegen Volksverhetzung verurteilt. In: Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/politik/pegida-redner-akif-pirincci-wegen-volksverhetzung-verurteilt/20375766.html> (25.09.2017).

³⁰ Ein solcher »performativer Widerspruch« entsteht Karl-Otto Apel zufolge, wenn sich jemand einerseits auf das universelle Recht auf Meinungsfreiheit beruft und dabei gleichzeitig die diesem Recht ebenfalls universell zugrundeliegende Voraussetzung der Freiheit und Gleichheit aller Menschen in seinen Äußerungen negiert. Der Inhalt einer Meinung ist nicht losgelöst von der Handlung, sich auf Meinungsfreiheit zu berufen — sobald sich der Inhalt einer Äußerung und das im Vollzug dieser Äußerung implizit in Anspruch Genommene widersprechen, verstrickt sich der Sprecher in Inkonsistenzen. Vgl. Apel, Karl-Otto: Das Problem der philosophischen Letztbegründung im Lichte einer transzendentalen Sprachpragmatik. Versuch einer Kritik des »Kritischen Rationalismus«. In: Kanitscheider, Bernhard (Hrsg.): Sprache und Erkenntnis. Festschrift für Gerhard Frey zum 60. Geburtstag. Innsbruck: Inst. f. Sprachwissenschaft d. Univ. Innsbruck 1976, S. 10–173.



HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEN DEMOKRATISCHEN KULTURBETRIEB

Die MBR beobachtet seit langem, dass Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen auf verschiedenen Wegen versuchen, missliebiges Engagement zu diffamieren und zu verhindern. Diese Versuche sind Ausdruck einer politischen Strategie. Sie zielt darauf ab, Menschen, die sich für Demokratie engagieren, etwa im Kunst- und Kulturbetrieb, als politische Feinde zu markieren und zu bekämpfen.

Teil dieser Strategie ist, eine Drohkulisse aufzubauen, um Projekte und Einrichtungen aus Kunst und Kultur ständig unter Druck zu setzen, und zwar online wie offline. Systematisch werden Informationen aus Quellen wie u.a. Vereins- und Handelsregistern und von privaten Seiten aus den sozialen Netzwerken gesammelt und in tendenziöser Weise in der Öffentlichkeit verwertet. Die ständigen diffamierenden Zuschreibungen bestätigen und bestärken bei einer rechts-offenen Klientel bereits bestehende Feindbilder. Die Akteur_innen sind sich

bewusst, in welche Milieus sie hineinwirken, und sie nehmen zuweilen billigend in Kauf, dass gegen Institutionen und Einzelpersonen, die zu Zielscheiben gemacht wurden, auch direkt vorgegangen wird. So können Informationen, die z.B. aus Antworten auf parlamentarische Anfragen gewonnen wurden, dazu führen, dass Engagierte im Internet an den Pranger gestellt oder sogar in ihrem persönlichen Lebensbereich aufgesucht werden.

RECHTSRUCK ALS STRESSTEST

Eine Wurzel, wenn nicht der Ursprung des modernen Kulturbetriebs ist der Freiraum, den er sich innerhalb der Gesellschaft gegen herrschende Widerstände selbst geschaffen hat. Diese Freiräume, ob im geistigen oder im räumlichen und materiellen Sinne, werden heute häufig für selbstverständlich gehalten.

Sie mussten jedoch meist mühsam erungen werden — und können schnell auch wieder verschwinden.

Es sind genau diese Freiräume, die im Kulturkampf geschlossen werden sollen. Das stellt Kultureinrichtungen recht plötzlich und unerwartet vor die Herausforderung, das Selbstverständnis als Kulturschaffende und der eigenen Institution klären und sich positionieren zu müssen. Vielen Institutionen fällt der Umgang mit politischen Angriffen von rechts vor allem dann schwer, wenn die Angriffe Fragen berühren, die im Kunst- und Kulturbetrieb selbst kontrovers diskutiert werden. Wenn z.B. selbstkritisch diskutiert wird, wie eine diversere Zusammensetzung aufseiten der Einrichtung oder aufseiten der Zielgruppe erreicht werden kann, wird in rechten Anfeindungen das Zerrbild von einem selbstreferenziellen und abgehobenen Milieu gezeichnet.³¹ Oder wenn sich eine Einrichtung entscheidet, bestimmte Kunstwerke nicht mehr zu zeigen, kann das den Vorwurf der Zensur nach sich ziehen.³² Dasselbe gilt, wenn ein_e Autor_in ihr Werk bewusst nicht in einem bestimmten Umfeld präsentieren möchte.³³

31 Vgl. Berg, Hans-Joachim: Kunstblase zum Platzen bringen. Pressemitteilung der Afd-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus vom 09.11.2018.

32 Vgl. Sigrd Brinkmann im Interview mit Barbara Köhler: Neues Gedicht für Alice-Salomon-Hochschule — »Als würde der Ort überhaupt keine Rolle spielen«. In: Deutschlandfunk https://www.deutschlandfunkkultur.de/neues-gedicht-fuer-alice-salomon-hochschule-als-wuerde-der.1013.de.html?dram:article_id=426898 (30.08.2018).

33 Vgl. Kister, Stefan: Streit um Margarete Stokowski. Warum die Absage der Lesung ein Fehler ist. In: Stuttgarter Nachrichten: <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.streit-um-margarete-stokowski-rechte-buecher-linke-zensur.00e60aad-c2d7-4e6e-bae1-17bbca701f95.html> (06.11.2018).

DIE EIGENE POSITION UNTER DRUCK

Zur Selbstverständigung über die eigene Haltung gehört auch die Verortung in historischen Traditionslinien. Diese Verortung kann vor allem dann überfordernd sein, wenn eine plötzlich aufblühende öffentliche Debatte eine unmittelbare Positionierung erfordert. So wurde etwa der geplante Auftritt der Punkrock-Band »Feine Sahne Fischfilet« aus Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Konzertreihe »ZDF@Bauhaus« in Dessau (Sachsen-Anhalt) von der Stiftungsdirektorin unter Berufung auf ihr Hausrecht kurzfristig abgesagt. Die Direktorin des Bauhauses in Dessau begründete die Absage in einem Interview explizit mit der Mobilisierung rechtsextremer Gruppen gegen das Konzert der Band.³⁴ Anlass für öffentliche Kritik an dieser Entscheidung war nicht nur, dass dadurch genau dieser Mobilisierung zu einem Erfolg verholfen wurde. Kritisiert wurde auch eine im Vorfeld herausgegebene Pressemitteilung, in der die Entscheidung u.a. damit begründet wurde, dass das Bauhaus nicht »zum Austragungsort politischer Agitation«³⁵ werden solle. Dass ausgerechnet das Bauhaus, das dem Selbstverständnis seiner Gründer_innen und Protagonist_innen nach ein solcher Austragungsort gewesen ist, eine dementsprechende Haltung vermied, stieß vielfach auf Unverständnis, auch in Stellungnahmen aus

34 Vgl. Schneider, Johannes / Weihser, Rabea: Interview mit Claudia Perren: »Das hat mit Feine Sahne Fischfilet gar nichts zu tun«. In: Die ZEIT: <https://www.zeit.de/kultur/kunst/2018-10/claudia-perren-bauhaus-direktorin-dessau-feine-sahne-fischfilet/komplettansicht> (24.10.2018).

35 Stiftung Bauhaus Dessau: Statement der Stiftung Bauhaus Dessau zum Konzert der Band Feine Sahne Fischfilet am 06. November 2018 im Rahmen der Konzertreihe zdf@bauhaus. https://www.bauhaus-dessau.de/dl/afb7a60eaebaaaf16974329d41e53192/sbd_20181018_PM_FeineSahneFischfilet.pdf (18.10.2018).

dem Bauhaus-Verbund selbst.³⁶ Der Fall zeigt exemplarisch, dass Kultureinrichtungen, die ihre Arbeit maßgeblich aus staatlichen Mitteln finanzieren und somit Richtlinien des Zuwendungsgebers unterliegen, in einem Spannungsfeld stehen und insofern leichter angreifbar sind. Mit dem Einzug der AfD in die Kulturausschüsse des Deutschen Bundestages sowie in die aller sechzehn Landesparlamente haben dann auch Vorstöße zugenommen, die gesellschaftspolitische Stellung und Positionierung gerade dieser Kultureinrichtungen zum Anlass zu nehmen, um deren Integrität in Abrede zu stellen — und sei es in der bekannten Rhetorik der Verschwendung von Steuergeldern.³⁷ In vielen Institutionen besteht Unsicherheit darüber, inwieweit ihnen die staatliche Förderung die Möglichkeit lässt, auf politische Angriffe — gerade wenn sie evtl. weitreichende Folgen haben können — zu reagieren.

Doch auch, wenn vielfach Unsicherheit um sich greift, ist es für viele staatlich finanzierte Institutionen eine notwendige und seit Jahren geübte Praxis, ihre eigene Arbeit selbstbewusst gegenüber der Politik zu vertreten. Die kulturpolitischen Positionen, die mit der AfD ins Parlament eingezogen sind und die vielfach denen der so genannten »Neuen Rechten« entlehnt sind, kann eine Überprüfung bestehender Routinen und eine Neujustierung der eigenen Darstellung und Netzwerkarbeit zwar notgedrungen erforderlich machen, sie kann aber auch gezielt dafür genutzt werden und das eigene Selbstbewusstsein stärken.

36 Das Bauhaus-Archiv Berlin hatte angeboten, sich als Ersatzveranstaltungsort zur Verfügung zu stellen. Vgl. Peter, Erik: Bauhaus nach Konzertverbot. Feine Sahn Berlin. In: taz: <http://www.taz.de/!5545155/> (22.10.2018).

37 Vgl. AfD Berlin: Berlin braucht Blau. Das Wahlprogramm der AfD Berlin. S. 35 (04.04.2016) und Junge Alternative Berlin: Programm der Jungen Alternative Berlin, S. 36. (26.09.2015).

»MIT RECHTEN REDEN«? VERHALTEN BEI DIREKTEN AUF EINANDERTREFFEN

Öffentliche kulturpolitische Räume können durch die Anwesenheit von AfD-Politiker_innen oder ihren Anhänger_innen zu Orten werden, an denen die bisherige Form der demokratischen Verständigung öffentlichkeitswirksam infrage gestellt wird. Denn mittlerweile sind rechtspopulistische und sogar rechts-extreme Positionen derart weit verbreitet und alltäglich, dass mitunter ein Dialog unvermeidlich scheint. Doch ob und wie solchen Personen oder Positionen Raum gegeben werden soll, ist umstritten. Eine Grundsatzdebatte darüber entzündete sich in den Jahren 2017 und 2018 rund um die Frankfurter und Leipziger Buchmesse, nachdem Autor_innen und Verleger_innen wie Götz Kubitschek (Multiplikator der so genannten »Neuen Rechten«), Jürgen Elsässer (Chefredakteur des verschwörungsideologischen und flüchtlingsfeindlichen Magazins Compact) und Martin Sellner (»Identitäre Bewegung« Österreich) dort unter Protesten ihre Bücher einem großen Publikum vorstellen durften.³⁸ Mittlerweile haben sich die Veranstalter_innen dafür entschieden, die Präsenz dieses Spektrums bei den Buchmessen räumlich stark einzuschränken.

Eine öffentliche Auseinandersetzung ist besonders schwer, wenn Veranstaltungen nicht selbst gestaltet werden können. Das ist etwa der Fall, wenn Mandats- und Funktionsträger_innen einer Partei durch ihre Gremienmitgliedschaft fester Bestandteil von Gesprächsformaten wie bei-

38 Vgl. Blum, Alice / Pichl, Maximilian / Uhlig, Tom David: Wo das Gespräch aufhört. Reflexionen über den Umgang mit Rechten in öffentlichen Räumen. In: Belltower News: <https://www.belltower.news/wo-das-gespraech-aufhoert-reflexionen-ueber-den-umgang-mit-rechten-in-oeffentlichen-raeumen-45846/>.



FEAR von Falk Richter
Foto © Arno Declair



spielsweise Ausschussanhörungen sind, oder wenn kulturpolitische Verbände oder Interessenvertretungen thematische Diskussionsveranstaltungen ausrichten. Bei solchen Anlässen geht es Rechts-extremen und Rechtspopulist_innen oft nicht nur um ein Werben für die eigenen Positionen. Vielmehr ist ihnen eine Gesprächsteilnahme wichtig, um diskriminierende und minderheitenfeindliche Positionen zu normalisieren und zu einem akzeptierten Teil des demokratischen Meinungsspektrums zu machen. Rechts-extreme und Rechtspopulist_innen wollen also nicht einfach nur im öffentlichen Raum mitreden, sie wollen durch gezielte Überschreitungen die Grenzen des Sagbaren verschieben.³⁹ Erwidern auf solche gezielten Überschreitungen wird von Rechtspopulist_innen hingegen häufig von vornherein pauschal die Legitimität abgesprochen, z.B. indem auf die Abhängigkeit einer Kultureinrichtung von staatlichen Geldern verwiesen wird. Aus dieser Abhängigkeit wird wiederum eine vermeintliche Verpflichtung zur Verteidigung der Regierungspolitik abgeleitet, z.B. beim Thema Asyl und Flucht.⁴⁰ Besonders herausfordernd ist es, wenn rechtspopulistische Akteur_innen ihren Besuch ankündigen. Zweck kann die Vereinnahmung einer Veranstaltung für die eigene politische Agenda sein, das Sammeln von Informationen oder die Suche nach Schwachstellen und Angriffspunkten für die eigene Agitation oder auch für rechtliche Schritte. Rechtspopulist_innen leiten den Anspruch auf Zugang zu staatlich geförderten Ein-

richtungen häufig aus einem angeblichen Kontrollrecht gewählter Abgeordneter ab, das in dieser Form aber nicht besteht.

DISKREDITIERUNG IM PARLAMENTARISCHEN RAUM

Ein wichtiges Instrument, das den Oppositionsparteien zur Kontrolle von Regierungshandeln zur Verfügung steht, sind schriftliche Anfragen. Die AfD macht in den Parlamenten und Gremien exzessiv von diesem Mittel Gebrauch und greift darüber Einrichtungen der Zivilgesellschaft an, oft über die Konstruktion verwegener Kausalketten oder schlicht durch Unterstellungen. Dieser Strategie widmet die AfD mittlerweile einen erheblichen Teil ihrer parlamentarischen Tätigkeit.⁴¹

Von diesen Anfragen sind zunehmend auch Kulturprojekte betroffen. So wollte aus Anlass eines preisgekrönten Theaterstücks über Identität und Flucht, das in einem Jugendtheater in Cottbus (Brandenburg) aufgeführt wurde, der AfD-Fraktionsvorsitzende im Landtag Andreas Kalbitz wissen, »wie viele Stücke mit dezidiert aktuellem gesellschaftlichen und oder politischem Bezug« aufgeführt und »welche Ausgaben des Theaters [...] durch die Förderung gedeckt werden.«⁴² Und zu einem Musikfestival im Landkreis Oberhavel fragten Kalbitz und sein Fraktionskollege Thomas Jung die Landesregierung an, ob die Musikveranstaltung staatlich gefördert werde und ob nach-

³⁹ Speit, Andreas: Mit Rechten reden? In: Rechter Rand: <https://www.der-rechte-rand.de/archive/2678/nicht-mit-rechten-reden/> (November 2017).

⁴⁰ Vgl. Fischer, Tilman A.: Mit Rechten reden. EKD-Kulturbeauftragter Claussen diskutiert mit AfD-Politikern. »Bitte sachlich bleiben«. In: Chrismon: <https://chrismon.evangelisch.de/artikel/2018/41615/mit-rechten-reden-ekd-kulturbeauftragter-claussen-stellt-sich-einer-diskussion-mit-der-afd/> (13.11.2018).

⁴¹ Zum Umgang mit Anfragen vgl. auch Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin: Diffamierung zivilgesellschaftlichen Engagements als rechtspopulistische Strategie: <https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/diffamierung-zivilgesellschaftlichen-engagements-als-rechtspopulistische-strategie/>

⁴² Landtag Brandenburg (6. Wahlperiode; Drucksache 6/10004): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 3984 des Abgeordneten Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion). Drucksache 6/9781 (Eingegangen: 22.11.2018 / Ausgegeben: 27.11.2018): Spielplan, Besucher und Zuwendungen - Piccolo Theater gGmbH.

richtendienstliche Erkenntnisse zu Teilnehmenden vorliegen würden.⁴³ Solche Anfragen dienen dem Sammeln von Informationen für die eigene Öffentlichkeitsarbeit, sie zielen aber vor allem darauf, ein Klima der Verunsicherung unter engagierten Projekten zu erzeugen. Die geförderten Initiativen und Projekte sollen dazu bewegt werden, zurückzuweichen und von sich aus ihre Aktivitäten in der Öffentlichkeit einzuschränken, und zugleich soll das Misstrauen der Fördermittelgeber geweckt werden.

Einen Schritt weiter ging die AfD in Berlin, als sie in den Haushaltsverhandlungen beantragte, dem Friedrichstadt-Palast, dem Gorki Theater und dem Deutschen Theater die Zuschüsse zu kürzen mit der Begründung, dort würde mit Steuergeldern »Gesinnungs- und Propagandatheater«⁴⁴ betrieben. Im Fall des Friedrichstadt-Palastes handelte es sich bei dem Vorstoß explizit um eine »Disziplinierungsmaßnahme« gegen den Intendanten Berndt Schmidt. Er hatte sich zuvor in einem offenen Brief deutlich von der Partei abgegrenzt.

ANGRIFFE AUS DEM MEDIALEN UND DIGITALEN RAUM

Wenige Tage nach Bekanntwerden des Schreibens musste der Friedrichstadt-Palast nach einer anonymen Bombendrohung unmittelbar vor Beginn einer Samstagabendvorstellung geräumt

werden.⁴⁵ Intendant Berndt Schmidt berichtete außerdem von einer Häufung von E-Mails mit beleidigenden und drohenden Inhalten sowie von diffamierenden Nutzer_innenkommentaren auf der Internetpräsenz des Friedrichstadt-Palastes.

Die Strategien rechter Raumnahme zeigen sich besonders deutlich im virtuellen Raum. Hier ist vor allem die strategische Nutzung der sozialen Medien professionell und effektiv. Zur Inszenierung einer Meinungshoheit werden die eigenen Inhalte massenhaft und koordiniert verbreitet. In teils hochorganisierten und arbeitsteilig ausgeführten Kampagnen werden Akteur_innen, die als politische Gegner_innen identifiziert wurden, durch so genannte Shitstorms angegriffen, vor allem auf Plattformen wie Facebook. Die Ziele dieses Vorgehens sind Demoralisierung und Einschüchterung. Kulturschaffende werden nicht nur im Nachgang einer demokratischen Positionierung ins Visier genommen, sondern auch als Urheber_innen ihrer künstlerischen Produkte. Als etwa ein Künstler_innenkollektiv mit einer provokanten Aktion auf die geschichtspolitischen Äußerungen des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke in seiner »Dresdener Rede« vom Januar 2017 reagierte, indem es in seinem Heimatort einen Miniatur-Nachbau des Denkmals für die ermordeten Juden Europas errichtete, waren Gewalt- und Morddrohungen bis hin zu Vernichtungsphantasien gegen die Beteiligten die Folge.⁴⁶

⁴³ Landtag Brandenburg (6. Wahlperiode; Drucksache 6/9991): Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 3989 der Abgeordneten Thomas Jung (AfD-Fraktion) und Andreas Kalbitz (AfD-Fraktion). Drucksache 6/9786 (Eingegangen: 22.11.2018 / Ausgegeben: 27.11.2018; Musikfestival »Resist to Exist« in Kremmen (Landkreis Oberhavel)

⁴⁴ Wegen Brandbrief des Theater-Chefs. AfD will Mittel für Friedrichstadt-Palast kürzen. In: Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/wegen-brandbrief-des-theater-chefs-afd-will-mittel-fuer-friedrichstadt-palast-kuerzen-28553358> (09.10.2017).

⁴⁵ Vgl. Bombendrohung am Friedrichstadt-Palast Berlin: Hohlköpfe mit und ohne Migrationshintergrund. In: Nachtkritik: https://nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=14493:berliner-friedrichstadt-palast-wegen-bombendrohung-geraeumt&catid=126&Itemid=100089 (09.10.2017).

⁴⁶ Vgl. Bernhard, Henry: Zentrum für politische Schönheit. Morddrohungen gegen Künstlerkollektiv. In: Deutschlandfunk: https://www.deutschlandfunkkultur.de/zentrum-fuer-politische-schoenheit-morddrohungen-gegen.1013.de.html?dram:article_id=401735 (27.11.2017).

Die Akteur_innen des Kulturkampfes von rechts nutzen das Netz aber nicht nur für Diffamierungen und Drohungen. Die sozialen Netzwerke haben ihnen auch schnelle, direkte und dynamische Kommunikationswege eröffnet, um ihre Positionen in die breite Öffentlichkeit einzuspeisen, oft über Zwischenstationen wie Blogger_innen, die an etablierte Medien angebunden sind. So können Positionen, die nur von einer vergleichsweise kleinen, aber gut organisierten Gruppe mit jeweils mehreren Benutzer_innenkonten ausgehen, eine beachtliche Wirkung entfalten, bis hin zur Simulation einer Meinungsheute.

Anschaulich wurde diese Dynamik in der Debatte über die Dokumentation einer deutsch-syrischen Liebesbeziehung, die der Hessische Rundfunk für den Kinderkanal KiKa produziert hatte. Einige Wochen nach der Veröffentlichung erschienen auf rechten Blogs Beiträge, die das angegebene jugendliche Alter des syrischen Beziehungspartners in Zweifel zogen, eine manipulative Agenda des öffentlich-rechtlichen Senders zugunsten multiethnischer Beziehungen behaupteten und das zum Skandal erklärten. Diese Beiträge wurden wiederum u.a. von AfD-Politiker_innen geteilt. Dann veröffentlichten auch Boulevardjournalist_innen Recherchen zum tatsächlichen Alter, zur Identität sowie zu politischen Sympathien, die der Syrer angeblich online vertrat, und schließlich berichteten auch zahlreiche landesweite Medien. Im Zuge dieser enormen Öffentlichkeit erhielten die beiden Protagonist_innen der Dokumentation Morddrohungen und mussten unter Polizeischutz gestellt werden.⁴⁷ Durch solche tendenziösen und verzerrenden Interpretationen von Kultur-

produkten können im Zuge gezielter Kampagnen auch große Institutionen wie das öffentlich-rechtliche Fernsehen schnell unter Rechtfertigungsdruck geraten.

DIREKTE STÖRUNGEN VON VERANSTALTUNGEN

Ein gutes Beispiel dafür, wie der rechte Kulturkampf öffentlichkeitswirksame Inszenierungen für sich nutzt, sind aufwendig produzierte Videos der »Identitären Bewegung« (IB). Im Sommer 2018 wurde eine als »ästhetische Intervention« bezeichnete Veranstaltungstörung auf YouTube und der Internetseite der IB dokumentiert. Zu sehen ist, wie während der Inszenierung eines Künstler_innenkollektivs auf dem Vorplatz des Deutschen Theaters eine Gruppe von Rechtsextremen erscheint und vor der Tribüne ein Transparent entrollt, Flugblätter in die Luft wirft und Parolen skandiert. Ein Sprecher der Gruppe verlas über ein Megafon einen vorbereiteten Text.⁴⁸ Bereits im Herbst 2016 waren eine Live-Radiosendung aus dem Maxim-Gorki-Theater⁴⁹ und im Februar 2018 eine Veranstaltung im Rahmenprogramm der Berlinale⁵⁰ in ähnlicher Weise unterbrochen und gestört worden. Solche ausdrucksstarken Bilder zu produzieren und zu verbreiten und darüber die eigene Erzählung in der Öffentlichkeit zu platzieren, spielt im rechten Kulturkampf eine wichtige Rolle. Bereits die Übernahme

⁴⁸ Ein Video-Dokumentation der Aktion liegt der MBR vor.

⁴⁹ Vgl. Ehrenberg, Markus: Rechtsextreme Gruppe bei RBB-Sendung. Radio-Eins-Sendung von »Identitärer Bewegung« gestört. In: Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/medien/rechtsextreme-gruppe-bei-rbb-sendung-radio-eins-sendung-von-identitaerer-bewegung-gestoert/14538794.html> (13.09.2016).

⁵⁰ Vgl. Störkation bei #MeToo-Podium. »Nazis raus«-Rufe, nachdem Frauen Berlinale-Bühne stürmen. In: rbb: <https://www.rbb24.de/kultur/berlinale/beitraege/2018/stoeraktion-berlinale-veranstaltung-kultur-will-wandel-120db-identitaere-bewegung.html> (19.02.2018).

⁴⁷ Vgl. Kirfel, Gudrun / Schreijäg, Jonas: Malvina, Diaa und der Shitstorm. In: NDR: <https://www.ndr.de/fernsehen/sendungen/zapp/Malvina-Diaa-und-der-Shitstorm,kika150.html> (17.01.2018).

und Verbreitung solcher Bilder durch die Medienöffentlichkeit stellt für die Protagonisten einen großen Erfolg dar.

Die IB hat diese Strategie einer rechts-extremen Wortergreifung in den letzten Jahren professionalisiert. Ziel der Strategie ist es, überraschend auf Veranstaltungen aufzutauchen und die eigenen Themen politischen Gegner_innen aufzuzwingen. So werden Veranstaltungen inhaltlich gekapert und buchstäblich in Bühnen für rechtsextreme Agitation umfunktioniert. Bei den Betroffenen können diese Interventionen ein Gefühl von Handlungsunsicherheit hervorrufen, ob am Arbeitsplatz, am Wirkungsort oder auch im privaten Bereich. Eine Nachbereitung ist daher in doppelter Hinsicht sinnvoll: Zum einen, um die entwickelte Routine im Umgang mit Störungen zu überprüfen, und zum anderen, um mögliche Ängste im Team aufzufangen.

Eine Inszenierung an der Schaubühne aus dem Jahr 2015 zeigt, wie weit die Einschüchterung, Diskreditierung und Bedrohung durch die Akteur_innen des Kulturkampfes von rechts gehen können. Das Stück setzte sich kritisch mit Akteur_innen der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung auseinander. Es gab zunächst Drohanrufe, darauf folgte das Beschmiern des Vorplatzes des Theaters.⁵¹ Bereits zuvor hatte der damalige Pressesprecher des AfD-Bundesverbandes eine Aufführung des Stückes gestört.⁵² Einige der Akteur_innen der Rechtsentwicklung, die in der Inszenierung namentlich erwähnt wurden, gingen zudem juristisch gegen die Macher_innen des Stückes und gegen

das Haus vor. Eine erste Unterlassungsklage einer heutigen AfD-Bundestagsabgeordneten und einer weiteren antifeministischen Aktivistin mit dem Ziel, die Verwendung von Abbildungen ihrer Person in weiteren Aufführungen der Produktion untersagen zu lassen, scheiterte im Dezember 2015 vor dem Berliner Landgericht. Das Gericht bewertete die Kunstfreiheit des Theaters höher als die Persönlichkeitsrechte der Antragstellerinnen.⁵³ Im Juli 2018 wurde der Schaubühne durch das Kammergericht die Wiedergabe einzelner Äußerungen, die einer christlich-konservativ ausgerichteten Publizistin zugeschrieben wurden, zwar untersagt, aber im Übrigen wurde auch diese Klage abgewiesen.⁵⁴

ANFEINDUNGEN IM PRIVATEN UMFELD

Anfeindungen gegenüber Kulturschaffenden überschreiten bisweilen gezielt die Grenze der Privatsphäre. Im September 2018 wurde im Auftrag einer ARD-Sendeanstalt auf einem Platz im Berliner Bezirk Lichtenberg ein satirischer Beitrag für ein öffentlich-rechtliches Videoformat gedreht. In dem Beitrag wurden die Geschehnisse rund um die rechtsextremen Ausschreitungen im sächsischen Chemnitz wenige Tage zuvor verarbeitet. Dafür wurde als Kulisse auch ein nachgebauter Informationsstand der »Alternative für Deutschland« verwendet. Eine unbekannte

51 Vgl. Schaubühne Berlin: »Fear« provoziert Rechte. Drohungen nach AfD-kritischem Theaterstück. In: Tagesspiegel: <https://www.tagesspiegel.de/kultur/schaubuehne-berlin-fear-provoziert-rechte-drohungen-nach-afd-kritischem-theaterstueck/12571936.html> (11.11.2015).

52 Vgl. Protest – AfD stört Theateraufführung. In: Morgenpost: <https://www.morgenpost.de/berlin/article206535073/AfD-stoert-Theaterauffuehrung.html> (07.11.2015).

53 Vgl. Landesgericht Berlin: Schaubühne darf das Theaterstück »Fear« ohne Einschränkungen weiter auführen (PM 61/2015). <https://www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2015/pressemitteilung.426396.php> (15.12.2015).

54 Vgl. Präsident des Kammergerichts: Urteil im Prozess gegen Schaubühne betreffend das Stück »Fear« (PM 27/2018): <https://www.berlin.de/gerichte/presse/pressemitteilungen-der-ordentlichen-gerichtsbarkeit/2018/pressemitteilung.723537.php> (20.07.2018).

Person filmte die Dreharbeiten und leitete das Material an die Berliner AfD weiter. Diese veröffentlichte die Aufnahmen zusammen mit einer Pressemitteilung, in der die Partei den Verdacht äußerte, es handele sich um eine böswillige Inszenierung der Medien, die für eine bewusst wahrheitswidrige Berichterstattung über die Rolle der AfD bei den rechtsextremen Ausschreitungen in der sächsischen Stadt genutzt werden sollte.⁵⁵ Auch nachdem bekannt wurde, dass es sich um eine Satire handelte, hielt die Partei an ihrer Deutung fest. Mehr noch, ein AfD-Mitglied des Abgeordnetenhauses suchte mit einem Kamerateam die verantwortliche Produktionsfirma in einem Berliner Mehrfamilienhaus auf. Gefilmt wurde zunächst vor der Haustür und im Treppenhaus des Hauses, und als dem Abgeordneten auf sein Klingeln hin die Tür der Firma nicht geöffnet wird, schließt er das Video mit der Ankündigung: »Wir kommen wieder«. In Großaufnahme ist die Klingeltafel

55 Vgl. Helberg, Cristina / Pezet, Jacques / Röttger, Tania: Angebliches »Fakevideo« über die AfD stellt sich als Satire heraus. In: Correctiv: <https://correctiv.org/faktencheck/2018/09/13/angebliches-fakevideo-ueber-die-afd-stellt-sich-als-satire-heraus> (13.09.2018).

des Hauses samt den Namen auf dem Klingelschild der Produktionsfirma zu erkennen — die beiden Inhaber der Produktionsfirma erhielten nach Veröffentlichung des Videos umgehend (auch teils antisemitische) Morddrohungen.⁵⁶

Konkret von Anfeindungen betroffen sind häufig einzelne Kulturschaffende und Produktionen, doch der politische Angriff richtet sich auch gegen die dahinterstehenden Institutionen sowie gegen die Idee eines demokratischen Kulturbetriebes überhaupt. Entsprechend gilt es, gemeinsam und möglichst schon proaktiv solidarisch zu handeln. Die eigene Haltung gewinnt dabei an Glaubwürdigkeit und Authentizität, wenn die konzeptionellen Ansätze der eigenen Arbeit und das eigene Selbstverständnis selbstbewusst und aus einer Position der eigenen Stärke heraus vertreten werden.

56 Vgl. Bombosch, Frederik: Satire-Video: AfD verteidigt Umgang mit Schlecky Silberstein. In: Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/satire-video-afd-verteidigt-umgang-mit-schlecky-silberstein-31311648> (18.09.2018).

HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

Als Grundlage, um dem rechten Kulturkampf entschieden entgegentreten zu können, ist aus Sicht der MBR eine möglichst breit getragene demokratische Haltung empfehlenswert. Die Formulierung z.B. von inhaltlichen Leitlinien oder eines demokratischen Leitbildes für das eigene Handeln stärkt die eigene Position und erleichtert die Reaktion auf Einschüchterungs- und Bedrohungsversuche. Wenn auf fachliche und normative Standards verwiesen werden kann, die für die eigene Arbeit und das öffentliche Auftreten getroffen wurden, etwa auf Verabredungen zum Thema Anti-Diskriminierung oder zum Umgang mit minderheitenfeindlichen Positionen, kann Vorwürfen wie Zensur oder fehlender Neutralität souveräner begegnet werden. Das Formulieren solcher inhaltlicher Leitlinien sollte nicht von oben verordnet werden, sondern möglichst partizipativ geschehen und die verschiedenen Ebenen der Einrichtung oder Organisation in den Prozess einbeziehen. Die Mitarbeiter_innen einer Einrichtung oder Organisation sollten sich aber stets der Unterstützung der Leitungsebene sicher sein können.

INHALTLICHE SELBSTVERSTÄNDIGUNG HERBEIFÜHREN

Die aktuellen Herausforderungen sollten als Chance genutzt werden, um grundsätzlich über das Selbstverständnis der Einrichtung, der Organisation, der Initiative etc. zu sprechen. Eine solche Grundsatzdiskussion kann dazu dienen, die eigenen handlungsleitenden Begriffe zu schärfen, gerade wenn viele Begriffe, die wie selbstverständlich benutzt werden, nicht nur deutungs offen sind, sondern

wenn die Akteur_innen des Kulturkampfes von rechts gezielt versuchen, diese Begriffe zu entwenden und im eigenen Sinne umzuwerten.

So gilt es genau zu bestimmen, was denn Begriffe wie offen, demokratisch, bunt, tolerant, inklusiv, transnational etc. im Bereich von Kunst und Kultur bedeuten und wie sie sich von einem Kulturverständnis unterscheiden, das an Volk, Nation und Identität appelliert. Und wie kann verhindert werden, dass die eigenen Begriffe umgedeutet werden oder dass Meinungsfreiheit eingefordert wird für Meinungen, die genau diese Meinungsfreiheit letztlich bekämpfen? Wie kann verhindert werden, dass demokratische und offene Orte und Gelegenheiten in ihr Gegenteil verkehrt werden, indem eine »gleichberechtigte« Repräsentanz antidemokratischer, diskriminierender oder minderheitenfeindlicher Positionen eingefordert wird?

IM VERBUND AGIEREN — VIELFALT IN DER ABGRENZUNG ZEIGEN

Das eigene Selbstverständnis sollte nach außen vertreten werden und gleichzeitig im alltäglichen Wirken zum Ausdruck kommen. Ein Beispiel für eine solche öffentlichkeitswirksame Positionierung, die neben anderen Akteur_innen auch von zahlreichen Kunstschaffenden und Kulturinstitutionen mitgetragen wurde, war der Aufruf zur »#unteilbar«-Demonstration im Oktober 2018 in Berlin.

#UNTEILBAR

Den Initiator_innen von »#Unteilbar« ist es gelungen, hinter ihre Forderungen nach einer offenen, freien und solidarischen Gesellschaft eine erstaunliche Vielfalt von Unterstützer_innen zu versammeln. In dem Aufruf, dem schließlich fast 250.000 Menschen folgten, heißt es u.a.:

Wir treten für eine offene und solidarische Gesellschaft ein, in der Menschenrechte unteilbar, in der vielfältige und selbstbestimmte Lebensentwürfe selbstverständlich sind. Wir stellen uns gegen jegliche Form von Diskriminierung und Hetze. Gemeinsam treten wir antimuslimischem Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Antifeminismus und LGBTIQ*- Feindlichkeit entschieden entgegen.

www.unteilbar.org/aufruf

Nicht nur in Stellungnahmen und Erklärungen, auch auf der Straße und in gemeinsamer Praxis kann öffentlich Position bezogen und Sichtbarkeit und Einigkeit hergestellt werden. So waren Kulturschaffende gut sichtbar in einem Block, der von »Die Vielen« auf der Großdemonstration im Oktober 2018 in Berlin organisiert wurde. Bereits im Mai 2018 hatte dieser Kreis in Berlin eine aufsehenerregende Demonstration gegen Rechtspopulismus mit mehreren tausend Teilnehmenden organisiert. Der Ausdruck ihres »glänzenden Protestes« in Form von goldenen Rettungsdecken war ursprünglich eine visuelle Solidarisierung mit Organisationen der zivilen Seenotrettung, die im Juni 2017 im Zuge eines rechtsextremen Aufmarsches der »Identitären Bewegung« im Fokus gestanden hatten.

Seitdem wurde dieses kreative Protestformat aus Anlass verschiedener rechtspopulistischer und rechtsextremer Aufmärsche erprobt. Der Zusammenschluss (inzwischen in Form eines Vereins) hat sich seitdem zur Aufgabe gemacht, Künstler_innen, Ensembles und Akteur_innen der Darstellenden Künste zu stärken und sich mit allen Theatermacher_innen und Theatern zu solidarisieren, die von Rechtspopulist_innen drangsaliert werden. Die Vernetzung hat am 9. November 2018 die »Erklärungen der Vielen« vorgestellt, die von mittlerweile mehr als 200 Berliner Kulturinstitutionen getragen wird.⁵⁷ Darin bekennen sich die Erstunterzeichner_innen nicht nur zu einer demokratischen und vielfältigen Gesellschaft, sie gehen auch eine Selbstverpflichtung zur aktiven Umsetzung und alltäglichen Verwirklichung der formulierten Inhalte und Ziele ein. Dazu gehört neben dem Austausch von Wissen und Erfahrung auch die Organisation von praktischem Beistand für betroffene Häuser. »Wer einen von uns angreift oder herausgreift, hat ab sofort 140 an der Backe«, kündigt Berndt Schmidt, Intendant des Friedrichstadt-Palastes an.⁵⁸ Die Erklärung soll Auftakt einer Kampagne sein, in der Kunst- und Kulturschaffende Diskussionen und Veranstaltungen organisieren und zu einer gemeinsamen Demonstration im Mai 2019 in Berlin mobilisieren.

»Die Vielen« sind ein Beispiel für offensives Engagement. Wie und in welcher Form eine solche demokratische Positionierung

⁵⁷ Bundesweit haben sich bereits über 2.200 (Stand: 27.02.2019) Kulturinstitutionen und Einzelpersonen in ähnlichen Initiativen, beispielsweise in NRW, Hamburg und Dresden, der „Erklärung der Vielen“ angeschlossen. Vgl. <https://www.dievielen.de/erklarungen> (wird fortlaufend aktualisiert)

⁵⁸ Zitiert nach: Kohse, Petra: »Erklärung der Vielen«. 140 Berliner Kulturinstitutionen bilden Bündnis gegen Rechts, in: Berliner Zeitung: <https://www.berliner-zeitung.de/kultur/erklarung-der-vielen--140-berliner-kulturinstitutionen-bilden-buendnis-gegen-rechts-31565440> (09.11.2018)



FEAR von Falk Richter
Foto © Arno Declair

am besten erfolgen kann, hängt von der jeweiligen Situation der Akteur_innen und ihren Ressourcen ab. Die Unterzeichnung einer öffentlichen Positionierung ist grundsätzlich eine legitime und legale Form der Meinungsäußerung, die auch staatlich finanzierten Institutionen offensteht. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass keine Falschaussage getroffen, keine Schmähkritik geübt und nicht dazu aufgerufen wird, eine Partei nicht zu wählen.⁵⁹ Neben dem Zusammenschluss mit anderen kann eine externe Beratung durch Fachprojekte wie die MBR eine Hilfe sein. Externe Beratung kann gerade kleineren Initiativen und Einrichtungen bei der Vernetzung helfen, einen Erfahrung- und Wissensaustausch vermitteln und Prozesse in den Teams begleiten.

⁵⁹ Vgl. Hufen, Friedhelm: Politische Jugendbildung und Neutralitätsgebot. In: Füssel, Hans-Peter / Langenfeld, Christine et. al. (Hrsg.): RdJB Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugenderziehung. Jahrgang 66, Heft 2. Baden-Baden: Nomos Verlag 2018, Seite 216 – 221.

SELBSTBEWUSST KOMMUNIZIEREN — EIGENE ZIELE UND GRENZEN NICHT AUS DEM BLICK VERLIEREN

Auf die Frage, unter welchen Bedingungen Gespräche mit rechtspopulistischen Mandats- und Funktionsträger_innen geführt werden sollten oder möglicherweise unumgänglich sind, gibt es keine allgemeingültige und abschließende Antwort. Die Handlungsspielräume sind mitunter unterschiedlich, und vor allem staatlich geförderte Einrichtungen empfinden häufig eine regelrechte Verpflichtung zu Gesprächen.

Grundsätzlich hat jede Institution die Entscheidung jeweils für sich zu treffen und muss eventuell von Fall zu Fall entscheiden. Hilfreich für die Entscheidung kann es sein, sich jedes Mal das Setting und die einzelnen Faktoren zu vergegenwärtigen, z.B.: Wer sind die Teilnehmenden? Was sind Thema und Fragestellung der Veranstaltung und was sind die eigenen Ziele? Was bedeutet die Teilnahme für die eigene Einrichtung, Institution, Organisation etc.?

Akteur_innen aus dem Bereich Kunst und Kultur können in unterschiedlichen Situationen mit Vertreter_innen rechtspopulistischer oder gar rechtsextremer Positionen konfrontiert sein. Mit folgenden Situationen sollte jeweils ein eigenständiger Umgang gefunden werden:

1. Besuchsankündigungen von rechtspopulistischen Mandatsträger_innen,
2. Umgang mit rechtspopulistischen Mandatsträger_innen im Zuge der eigenen politischen Interessenvertretung,
3. parlamentarische Anfragen und Presseanfragen zur eigenen Arbeit,
4. Präsentation der eigenen Arbeit in Gremien mit rechtspopulistischen Mitgliedern und
5. Einladungen zu Veranstaltungen mit rechtspopulistischer Beteiligung.

BESUCHE VON MANDATSTRÄGER_INNEN: KEIN BESONDERER BESUCHSANSPRUCH FÜR ABGEORDNETE IN STAATLICH GEFÖRDERTEN EINRICHTUNGEN

Wenn rechtspopulistische Mandatsträger_innen den Besuch einer Einrichtung außerhalb des regulären Publikumsbetriebes beanspruchen und das mit deren staatlicher Finanzierung begründen, kann ein Blick auf die Rechtslage hilfreich sein. Nach von der MBR eingeholten Expertisen bezieht sich das Kontrollrecht von Abgeordneten nur auf Exekutivorgane, denen zur Erfüllung ihrer Aufgaben hoheitliche Befugnisse übertragen wurden. Staatlich geförderte Einrichtungen unterscheiden sich aber in der Regel von solchen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen darin, dass sie über ihre Inhalte und ihr Personal eigenverantwortlich entscheiden können. Ein grundsätzlicher Betretungsanspruch von Abgeordneten für solche staatlich geförderten Einrichtungen existiert

dabei nicht. Dies gilt insbesondere nicht für kurzfristig angekündigte Spontanbesuche. Ausnahmen sind Besuche im direkten Zusammenhang mit der Ausübung von Amt oder Mandat, z.B. bei der Teilnahme an Gremiensitzungen. Grundsätzlich ist es also ratsam, zunächst in Ruhe die eigene Trägerposition und den eigenen rechtlichen Status zu klären. Daher sollte bei etwaigen Terminvereinbarungen stets auf einen ausreichenden, selbst festgesetzten Vorlauf für eine gründliche Vorbereitung geachtet werden. Es kann hilfreich sein, Absprachen zum Verlauf und zum eigenen Verhalten für den internen Gebrauch im Vorfeld zu verschriftlichen.

UMGANG BEI EIGENEN GESPRÄCHSVORHABEN: GESPRÄCHSPARTNER_INNEN NACH EIGENEN ZIELEN AUSWÄHLEN

Auch wenn es um die Kommunikation der eigenen Interessen im politischen Raum geht, sind die Bedingungen zu beachten: Wer sind geeignete Gesprächspartner_innen in Parlamenten, Gremien u.Ä., um sie für die Unterstützung eigener Anliegen zu gewinnen? Welche Positionen werden vertreten sein? Inwieweit stimmen sie mit den eigenen fachlichen und politischen Überzeugungen überein? Ist ein konstruktives und vertrauensvolles Gespräch zu erwarten, und für welche eigene politische Agenda kann das Gegenüber das Gespräch im Nachgang missbrauchen? Ein öffentlicher Kontakt mit Akteur_innen aus dem politischen Raum könnte von anderen Kooperationspartner_innen unter Umständen als implizite Sympathie- und Nähebekundung interpretiert werden. Die Vor- und Nachteile, die sich daraus ergeben könnten, sollten abgewogen werden.

BEI TENDENZIÖSEN ANFRAGEN: NICHT DIE RUHE VERLIEREN

Die Notwendigkeit einer Stellungnahme zu rechtspopulistischen Positionen kann auch von außen kommen, z.B. durch Presseanfragen oder weil die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage Zuarbeit erfordert. Es ist ratsam, solche Anfragen möglichst knapp und sachlich zu beantworten. Ein Hinweis auf bereits vorhandene öffentliche Informationen kann den eigenen Arbeitsaufwand begrenzen. Inhaltliche Fehler in der zugrundeliegenden Anfrage sollten kurz richtiggestellt werden. Sollte in den Fragen eine Diffamierung der eigenen Arbeit enthalten sein, empfiehlt es sich, auch das in angemessener Form zurückzuweisen. Sie kann gleichzeitig Anlass sein, das eigene Selbstverständnis bei der Beantwortung voranzustellen. Die eigentliche Zielgruppe der veröffentlichten Antworten sollte aber die interessierte Öffentlichkeit bleiben.

PRÄSENTATION DER EIGENEN ARBEIT: SELBSTBEWUSST AUFTRETEN UND HALTUNG BEWAHREN

Eine proaktive demokratische Positionierung kann auch in formalen Gesprächssituationen mit festgelegtem Teilnehmer_innenkreis hilfreich sein. Im Zuge der Vorbereitung eines Termins in einem Ausschuss oder einem vergleichbaren Gremium können die eigenen Positionen vorab bekannt gemacht werden. Außerdem sollten Vorbereitungen getroffen werden, wie die_der entsandte Repräsentant_in im Fall von antidemokratischen, diskriminierenden, minderheitenfeindlichen oder anderen diffamierenden Äußerungen reagieren kann. Grenzüberschreitungen sollten, wenn

möglich, nicht unwidersprochen bleiben, sondern als solche benannt und in angemessener Form zurückgewiesen werden.

EINLADUNGEN UND ANFRAGEN: ÜBER DIE TEILNAHME AN VERANSTALTUNGEN SELBSTBESTIMMT ENTSCHIEDEN

Auch die bewusste Nicht-Teilnahme an einer Veranstaltung ist eine Möglichkeit, im Kontext der eigenen Tätigkeit einen souveränen Umgang mit rechtsextremen und rechtspopulistischen Positionen zu zeigen. Wichtig ist, eine Nicht-Teilnahme offensiv zu kommunizieren und öffentlich zu begründen. Ein konsistenter und selbstbewusster Bezug auf eigene Werte und Überzeugungen verleiht der Absage Authentizität und Glaubwürdigkeit. Die Autorin Margarete Stokowski z.B. erklärte die Absage einer Lesung in einer Münchner Buchhandlung damit, dass deren Geschäftspolitik ihrer eigenen Auffassung über einen angemessenen Umgang mit Werken der »Neuen Rechten« widerspricht. Sie gab in ihrer Stellungnahme zwei Gründe an, warum sie es falsch findet, dass die Buchhandlung Bücher eines neurechten Verlages auslegt und verkauft: »erstens die Normalisierung rechten Denkens und zweitens finanzielle Gewinne für diese Autor*innen und Verlage.«⁶⁰

⁶⁰ Stokowski, Margarete: Margarete Stokowski zur Absage ihrer Lesung: <https://www.rowohlt.de/news/stellungname-margarete-stokowski> (28.11.2018).

GOOD PRACTICE

Im Kulturausschuss lehnten alle übrigen Fraktionen den Antrag der AfD auf Kürzung der Haushaltsmittel für den Friedrichstadt-Palast, das Gorki-Theater und das Deutsche Theater ab und wiesen den Vorstoß einhellig als Angriff auf die Kunstfreiheit zurück.

www.morgenpost.de/kultur/article212186213/Angriff-auf-die-Kunstfreiheit.html

NICHT DAS WORT NEHMEN LASSEN — VORBEREITUNG FÜR DIE STÖRUNGSFREIE DURCHFÜHRUNG VON VERANSTALTUNGEN

Bei selbst organisierten und verantworteten (Diskussions-)Veranstaltungen sollte ein geschützter Raum mit einem möglichst diskriminierungsfreien Klima für all diejenigen geschaffen werden, die mit einem ernsthaften Interesse teilnehmen möchten. Um die Veranstaltung möglichst frei von Störungen zu halten, sollte im Vorfeld ein Vorgehen aller Beteiligten für den Fall von rechtsextremen Interventionen abgestimmt werden, von der Moderation bis zur Lichttechnik. Dafür sollten eindeutige Verantwortlichkeiten festgelegt sowie die Abläufe und die Kommunikation eingeübt werden. Es sollte — soweit dies der rechtliche Status der Institution zulässt — von der gesetzlich gegebenen Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, rechtsextreme Störer durch einen »Ausschlusssatz« bereits in der Einladung von der Veranstaltung auszuschließen. Ein Ausschluss kann nicht erst beim Betreten des Veranstaltungsraumes erklärt werden. Entsprechende Formulierungen auf Eintrittskarten oder auch auf einem großen Banner im Eingangsbereich dienen allein der politischen

Positionierung nach außen. Der Umgang mit diskriminierenden Äußerungen auf Veranstaltungen kann darüber hinaus als Bestandteil bestehender Regelwerke wie einer Hausordnung beschrieben werden. Szenekundige Institutionen wie zivilgesellschaftliche Fachprojekte können im Vorfeld bei der Risikoeinschätzung sowie am Tag selbst bei der Umsetzung unterstützen.

Weitere Handlungsempfehlungen bietet die Handreichung »Wir lassen uns das Wort nicht nehmen! Zum Umgang mit rechtsextremen Besucher/innen bei Veranstaltungen« der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) und des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK). Die Broschüre steht zum Download zur Verfügung. Printexemplare können direkt bei der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bestellt werden.

www.mbr-berlin.de/rcms_repos/attach/2010_mbr_hr-wort_web.pdf

Bei der Durchführung einer Veranstaltung ist ein geschlossenes Auftreten — eventuell auch der Podiumsgäste — gegenüber rechtsextremen und rechtspopulistischen Inszenierungen und Wortergreifungen unverzichtbar. Eine Schlüsselrolle nimmt dabei — insbesondere wenn der Ausschlusssatz nicht zur Anwendung kommen kann — die Moderation ein, die im Sinne der gemeinsamen Intention durch die Veranstaltung führt. Zu den Aufgaben der Moderation gehört es auch, diskriminierende Äußerungen vom Podium aus begründet zurückzuweisen. Sollten Rechts-

extreme oder Rechtspopulist_innen aus dem Publikum heraus versuchen, den Diskussionsverlauf durch gezielte Wortmeldungen in ihrem Sinne zu steuern, empfiehlt es sich, vom Podium aus für die übrigen Besucher_innen Transparenz herzustellen und die Strategie als solche zu benennen. Im Falle einer akuten Veranstaltungstörung kann ein kreativer Umgang helfen, etwa in Form bereits vorbereiteter visueller oder akustischer Möglichkeiten, die Aufmerksamkeit von den Störer_innen abzulenken und so die Wirkung der Aktion zu vereiteln und auch die Verbreitung durch rechtsextreme Veröffentlichungen in den sozialen Medien zu erschweren. Regelungen in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Einrichtung zu privaten Bild- und Tonaufnahmen und ihrer Nutzung können zusätzlich eine rechtliche Handhabe bereitstellen.

Eine eigene Dokumentation der Veranstaltung bietet die Möglichkeit, im Falle einer Störung zeitnah durch die eigene Öffentlichkeitsarbeit zu reagieren, vor allem in den sozialen Netzwerken, um nicht die Deutungshoheit über die eigene Veranstaltung zu verlieren oder um zumindest die tatsächlichen Hintergründe aufzuzeigen.

DIGITALER SCHUTZRAUM — BEHAUPTUNG DEMOKRATISCHER POSITIONEN IN DEN SOZIALEN NETZWERKEN

Auch wenn sich die Offline-Kommunikation von der Online-Kommunikation unterscheidet, lassen sich grundlegende Handlungsempfehlungen zum Umgang mit diskriminierenden Äußerungen und rechten Anfeindungen im öffentlichen Raum auch auf die Online-Kommunikation in sozialen Netzwerken übertragen. Diese Form der Kommunikation wird auch für Kunst-

und Kulturinstitutionen immer wichtiger. Gleichwohl ist zunächst zu klären, wofür der eigene Social-Media-Auftritt genutzt wird und was er genau leisten soll. In Bezug auf den Umgang mit diskriminierenden Äußerungen und Bedrohungen sind für Mitarbeiter_innen, welche die Seiten betreuen, drei Punkte wichtig.

1. Sie sollten sensibilisiert sein im Hinblick auf das Wahrnehmen und Erkennen entsprechender Äußerungen und eines gegebenenfalls daraus resultierenden Handlungsbedarfes,
2. sie sollten die Fähigkeit besitzen, die Einträge sicher zu deuten und einzuordnen, und
3. sie sollten in die Lage versetzt werden, Handlungsschritte möglichst eigenständig umsetzen zu können. Auch wenn auf Diskriminierung, Diskreditierung und Einschüchterung reagiert werden sollte, gilt es, die eigene inhaltliche Zielstellung und Themensetzung stets im Blick zu behalten und nicht überzureagieren.

Einen Handlungsrahmen für die Moderation der eigenen Social Media-Plattformen bietet die Formulierung von Regeln zu ihrer Nutzung. Die Einhaltung dieser Regeln sicherzustellen, liegt vor allem in der Zuständigkeit der verantwortlichen Moderator_innen. Eine Art digitale Hausordnung z.B. in Form einer Netiquette bietet zum einen den Moderierenden Handlungssicherheit und gibt zum anderen ein Signal an die Community. Eine solche Netiquette sollte Erwartungen an die Nutzer_innen hinsichtlich des Diskussionsklimas und des Umgangs untereinander positiv formulieren, aber auch deutlich machen, an welcher Stelle rote Linien überschritten werden, d.h. welche Inhalte auf der Seite nicht erwünscht sind und nicht geduldet werden. Außerdem ist es ratsam, in der Netiquette transparent zu erläutern,

wie und warum die Moderator_innen Überschreitungen der benannten Grenzen, abgestuft nach dem Grad des Verstoßes, ahnden.

NETIQUETTE FÜR DIE FACEBOOK-SEITE DES HAUS DER KULTUREN DER WELT

Herzlich Willkommen auf der offiziellen Facebook-Seite des Haus der Kulturen der Welt. Wir laden euch ein, unsere Beiträge, Fotos und Videos zu kommentieren und euch an Diskussionen zu beteiligen. Über Vorschläge, Anregungen und Kritik freuen wir uns jederzeit. Für den Umgang miteinander bitten wir euch, gewisse Grundsätze zu beachten und einzuhalten: Bitte bleibt allen Personen gegenüber fair und begegnet anderen Meinungen, Kulturen, Religionen, sexuellen Orientierungen, Ethnien, Nationalitäten und deren Vertreter*innen mit Respekt. Wir behalten uns vor, folgende Beiträge zu löschen:

- rassistische, sexistische und auf andere Weise diskriminierende oder diskreditierende Äußerungen
- respektlose, beleidigende oder verletzende Kommentare
- Inhalte, die gegen geltendes Recht verstoßen, z.B. gegen das Urheberrecht
- Spam und Werbung sowie Inhalte, die wenig bis gar nichts mit dem ursprünglichen Thema zu tun haben

Zusammengefasst: kein Spamming, Trolling oder Bashing!
Vielen Dank für euer Verständnis — und viel Spaß beim Diskutieren!

www.facebook.com/notes/haus-der-kulturen-der-welt/netiquette/10156228473356827

Diese Netiquette kann beispielsweise durch das »Anpinnen« auf der Facebook-Seite oder durch Hinweise in der Kommentarspalte für Nutzer_innen bekannt gemacht werden. Zur konsequenten und transparenten Sanktionierung von Verstößen durch die Moderator_innen gehört es, zunächst die Verstöße nachvollziehbar zu dokumentieren. Im Anschluss können die Blockiermöglichkeiten, die vonseiten der Plattformbetreiber zur Verfügung gestellt werden, dazu verwendet werden, bestimmte Nutzer_innen zu sperren und zu melden. Bei Anhaltspunkten für eine strafrechtliche Relevanz sollte, evtl. nach Rücksprache mit einem Anwalt oder einer Anwältin, Anzeige erstattet werden. Wichtig ist, die Community darin zu bestärken und zu ermutigen, rassistischen, beleidigenden und minderheitenfeindlichen Äußerungen aktiv zu widersprechen.

Weitergehende Hinweise zum Thema finden Sie in der im Jahr 2019 erscheinenden Handreichung »Schutz im Netz? Zum Umgang mit rechten Kampagnen und Bedrohungen in den sozialen Medien« der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR).

WACHSAM SEIN — PRÄVENTION VON RECHTEN BEDROHUNGEN

Im Umgang mit vertraulichen Daten im Internet ist es ratsam, unter allen Mitarbeiter_innen und Beteiligten Sensibilität für die Schutzbedürftigkeit und Missbrauchsanfälligkeit solcher Daten zu schaffen. Das gilt auch für die Planung bevorstehender Projekte. So sollten nicht

mehr Informationen über beteiligte Engagierte und Mitarbeiter_innen öffentlich zugänglich gemacht werden, als für die Aufgabenerfüllung erforderlich. Die Angabe von privaten Adressen und Kontaktdaten auf der Internetseite oder dem Social Media-Auftritt sollte unbedingt vermieden werden. Um Bedrohungen gemeinsam begegnen zu können, sollte für betroffene Mitarbeiter_innen Raum geschaffen werden, über ihre Erfahrungen zu berichten und sich mit dem Team auszutauschen z.B. im Rahmen einer regelmäßigen Supervision. Bei gravierenden oder gehäuften Bedrohungen sollten weitergehende Unterstützungsangebote und die Möglichkeit der Rotation von besonders belastenden Zuständigkeiten und Aufgaben geprüft werden.

Weitere Tipps gibt es in der Handreichung »Wachsam sein! Zum Umgang mit rechten und rechtsextremen Einschüchterungsversuchen und Bedrohungen«. Die Broschüre steht als Download zur Verfügung. Printexemplare können direkt bei der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) bestellt werden.

www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2017/03/mbr_broschuere_wachsamsein_Web_klein.pdf

Auch regelmäßig genutzte Treffpunkte und (Büro-)Räumlichkeiten sollten geschützt werden. Essentiell sind hier verlässliche Verhaltensabsprachen unter den Nutzer_innen. Auch individuelle Sicherheitsbedürfnisse sollten dabei Berücksichtigung finden. Erörtert werden sollte z.B. eine gemeinsame »Einlasspolitik«. Es empfiehlt sich, die Eingangstür stets geschlossen zu halten und die Gegensprechanlage zu nutzen, um Besucher_innen nach ihrem Anliegen und ggf. nach einer Terminvereinbarung zu fragen. Auch Vorrichtungen zur Verstärkung der Eingangstür können sinnvoll sein. Bei Versuchen des unbefugten Eindringens in die Räumlichkeiten sollte sichergestellt werden, dass schnell alle Anwesenden informiert werden, etwa durch ein vereinbartes Signal. Alle Nutzer_innen sollten mit den Wegen vertraut sein, die Räumlichkeiten im Fall einer akuten Bedrohung unverzüglich verlassen zu können, auch wenn ein solches Szenario zurzeit noch wenig wahrscheinlich ist. Sachbeschädigungen sollten unbedingt dokumentiert und zur Anzeige gebracht werden. Für den Fall eines Einbruches sollte sichergestellt sein, dass keine personenbezogenen Daten offen zugänglich auffindbar sind. Für individuelle Beratungen zu Maßnahmen der Eigensicherung, auch von besonders exponierten Einzelpersonen, stehen Fachprojekte wie die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin zur Verfügung.

AUSBLICK

In dieser Handreichung wurde der Kulturkampf von rechts für den Bereich der Kunst- und Kulturstätten beschrieben. 2019 wird der zweite Teil erscheinen. Darin geht die MBR ausführlich auf einen weiteren wichtigen Teil der Kulturpolitik und des Kulturkampfes von rechts ein, nämlich die Geschichts- und Erinnerungspolitik. Die Auseinandersetzungen um die Frage, wie öffentlich über deutsche Geschichte nachgedacht und geredet werden soll, ist für die so genannte »Neue Rechte« und den Rechtspopulismus ein wichtiges politisches Kampffeld. Vor allem die Verantwortung für die Shoah und die Verbrechen des Nationalsozialismus stehen im Fokus dieser Angriffe. Ihrer soll weniger und anders gedacht werden, dafür soll eine positive Identifikation mit der deutschen Geschichte gefördert werden. Forderungen wie die Beendigung des »Schuld(kult(es))« (Jens Maier) oder Alexander Gaulands Verharmlosung des Nationalsozialismus als »Vogelschiss« sowie sein Wunsch, man solle stolz sein

auf die deutschen Soldaten der Weltkriege, zeigen, dass es tatsächlich um eine »erinnerungspolitische Wende um 180 Grad« (Björn Höcke) gehen soll. Der Kulturkampf von rechts will politische Macht erlangen und die Gesellschaft umgestalten. Die Erlangung der Deutungshoheit in der Geschichts- und Erinnerungspolitik ist dabei zentral.

Museen und Gedenkstätten stehen daher vor ähnlichen Herausforderungen wie Kunst und Kultur: Sollen sie sich politisch gegen den gesellschaftlichen Rechtsruck positionieren, oder gilt für sie ein »Neutralitätsgebot«? Wie können sie sich auf Störungen in ihren Räumen vorbereiten? Wie sollen sie mit dem Anspruch der AfD auf Sitze in Kuratorien, Stiftungsräten und Ausschüssen umgehen? Wie ist mit rechten Gesprächswünschen und Redebeiträgen umzugehen? Wie können sie mit Besucher_innengruppen der AfD umgehen? Zu diesen und weiteren Fragen wird die kommende Handreichung Anregungen, Tipps und Empfehlungen geben.



Verräter von Falk Richter
Foto © Ute Langkafel

Die MBR ist ein Projekt des »Vereins für Demokratische Kultur in Berlin e.V.« (VDK) und wird gefördert im Rahmen des Landesprogramms »Demokratie. Vielfalt. Respekt. – Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus« der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung sowie dem Bundesprogramm »Demokratie leben!« des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Senatsverwaltung
für Justiz, Verbraucherschutz
und Antidiskriminierung

be  **Berlin**

Demokratie.
Vielfalt. Respekt.
In Berlin.

Das Landesprogramm

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**